Bearbeitungsstand der überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge am 31. Dezember 2012

Inhaltsverzeichnis

1. Behörden.....	5
1.1. Volksaufträge	5
1.2. Parlamentarische Initiativen.....	5
1.3. Aufträge	5
1.3.1. Änderung des Geschäftsreglements: Möglichkeit eines interfraktionellen Vorstosses.....	5
1.3.2. Beschleunigung der Behandlung von Interpellationen.....	5
1.3.3. Trennung von Steuerung und Aufsicht.....	5
1.3.4. Straffung des Budgetprozesses.....	5
1.3.5. Verbesserung Akteneinsichts- und Informationsrecht der Kantonsratsmitglieder	6
1.3.6. Neuordnung der Kommissionenstruktur	6
1.4. Motionen	6
1.5. Postulate	6
2. Staatskanzlei	7
2.1. Volksaufträge	7
2.2. Parlamentarische Initiativen.....	7
2.3. Aufträge	7
2.3.1. Ergänzung der Unvereinbarkeitsbestimmungen.....	7
2.3.2. Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die definitive Einführung von e-Voting.....	7
2.3.3. Rechtsunsicherheit betr. Nichterreichen des Quorums für den 2. Wahlgang bei einer Majorzwahl, wenn mehr als 1 Sitz zu besetzen ist.....	7
2.3.4. Frist zwischen erstem und zweitem Wahlgang bei Majorzwahlen – bitte künftig nicht langsamer als die Berner.....	8
2.3.5. Listenverbindungen: Beschränkung auf das Wesentliche	8
2.3.6. Stärkung der parlamentarischen Mitwirkung in interkantonalen Angelegenheiten	8
2.3.7. Bürokratieabbau nicht nur für KMU's, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für alle mit Kanton und Gemeinden in Beziehung stehenden Organisationen	9
2.4. Motionen	9
2.5. Postulate	9
3. Bau- und Justizdepartement.....	10
3.1. Volksaufträge	10
3.2. Parlamentarische Initiativen.....	10
3.3. Aufträge	10
3.3.1. Für mehr Sicherheit beim Bipperlisi	10
3.3.2. Anpassung des Kapitels Telekommunikation VE-6.3. des kantonalen Richtplanes.....	11
3.3.3. Verbesserter Hochwasserschutz im Niederamt und Olten	11
3.3.4. Umsetzung der Agglomerationsprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften	12
3.3.5. Bewilligungspflicht für erneuerbare Energien	12
3.3.6. Verbesserung der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn.....	12
3.3.7. Erleichterte Verfahren für die Kleinwasserkraft/Abbau von Hindernissen für die Förderung der Kleinwasserkraft.....	12
3.3.8. Kein Endlager im Niederamt.....	13
3.3.9. Anpassung der Verfahrensvorschriften im Verantwortlichkeitsgesetz.....	13
3.3.10. Deponie Rothacker.....	14
3.3.11. Metro Schwarzbubenland.....	14
3.3.12. Keine Ausnützungsanrechnung bei verglasten, unbeheizten Balkonverglasungen (Cover)	14
3.3.13. Energie-, Baulandeffizienz und Biodiversität fördern statt beschränken.....	14
3.3.14. Ausnützungsbonus für Bauten in Minergie und Minergie P.....	15
3.3.15. Sichern von Landreserven in Richtplan und Raumplanung für Firmen mit Anschlussgleisen und künftigen Infrastrukturbauten der Bahn.....	15

3.3.16. Keine Gebühren im energetischen und umwelttechnischen Bereich	16
3.3.17. Rasche Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich hindernisfreie Publikumsanlagen der Eisenbahninfrastruktur.....	16
3.3.18. Regelung von Kosten und Parteientschädigungen im Verwaltungsgerichtsverfahren.....	16
3.3.19. Für den Erhalt des Einheitspreises beim TNW-Abo.....	16
3.3.20. Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen.....	17
3.3.21. Neue erneuerbare Energien an den Schulen.....	17
3.3.22. Erstellung eines Solarkatasters für den Kanton Solothurn	17
3.3.23. Erarbeitung eines Richtplans Energie	17
3.3.24. Raumplanung mit Kulturlanderhaltung	18
3.3.25. Änderung der Verordnung über das Grundangebot im regionalen Personenverkehr	18
3.3.26. Konzept zur Sanierung der Deponie Rothacker, Walterswil.....	18
3.4. Motionen	19
3.5. Postulate	19
3.5.1. Aufhebung der Spezialgerichte – Integration ins Verwaltungsgericht	19
4. Departement für Bildung und Kultur	20
4.1. Volksaufträge	20
4.1.1. «Genügend Ressourcen für die integrative Schulung in der Volksschule».....	20
4.2. Parlamentarische Initiativen.....	20
4.2.1. Kantonalisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen; Änderung des Volksschulgesetzes	20
4.2.2. Kantonalisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen; Änderung der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) (2. Lesung).....	20
4.3. Aufträge	20
4.3.1. Anpassung Kantonsbeitrag an die Besoldungskosten der Musikschulen	20
4.3.2. Kantonalisierung der Sonderschulen	21
4.3.3. Auch Tätigkeiten ausserhalb des Schuldienstes bringen wertvolle Berufserfahrungen / Ergänzung von § 18 des Gesetzes über die Besoldungen der Lehrkräfte an der Volksschule BGS 126.515.851.1 vom 8. Dezember 1963	21
4.3.4. Gleichbehandlung der Schulträger bei der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung.....	21
4.3.5. Konsequente Umsetzung der Reform auf der Sekundarstufe 1	22
4.3.6. Reguläres Studium für quereinsteigende Lehrpersonen.....	22
4.4. Motionen	22
4.4.1. Systemänderung Subventionierung Besoldungskosten der Lehrkräfte.....	22
4.5. Postulate	23
4.5.1. Subventionierung des 10. Schuljahres	23
5. Finanzdepartement	24
5.1. Volksaufträge	24
5.2. Parlamentarische Initiativen.....	24
5.3. Aufträge	24
5.3.1. Qualitätssicherung im Bereich der Mitarbeiterbeurteilung in der kantonalen Verwaltung.....	24
5.3.2. Bürgschaften des Kantons für Sonderschulbauten.....	24
5.3.3. Angemessener Kündigungsschutz beim Kader	24
5.3.4. Kausalabgaben und Unternehmen	25
5.3.5. Rechtsgrundlage für Public-Private-Partnership-Finanzierungen (PPP-Finanzierungen)	25
5.3.6. Klare Regelung der Finanzkompetenzen	26
5.4. Motionen	26
5.5. Postulate	26
5.5.1. Spezialfinanzierung.....	26
5.5.2. Flexibilisierung Pensionierung für Angestellte des Kantons Solothurn.....	26

6.	Departement des Innern	27
6.1.	Volksaufträge	27
6.2.	Parlamentarische Initiativen.....	27
6.3.	Aufträge	27
6.3.1.	Eindämmung des übermässigen Alkoholkonsum durch Jugendliche	27
6.3.2.	Kantonales Krebsregister	27
6.3.3.	Aktionsprogramm für die Jugendarbeit in den Vereinen.....	27
6.3.4.	Änderung Lastenausgleich Soziales unter den Einwohnergemeinden.....	28
6.3.5.	Einführung eines Mammografie-Screening-Programms im Kanton Solothurn.....	28
6.3.6.	Entwicklung der Sozialkosten	28
6.3.7.	Klare Kompetenz- und Finanzregelungen im Sozialbereich.....	29
6.3.8.	Gebühr internationaler Führerausweis.....	29
6.4.	Motionen	29
6.5.	Postulate	29
7.	Volkswirtschaftsdepartement.....	30
7.1.	Volksaufträge	30
7.2.	Parlamentarische Initiativen.....	30
7.3.	Aufträge	30
7.3.1.	Neugestaltung Finanzausgleich	30
7.3.2.	Generelle Überprüfung der Aufgabenteilung und Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden	30
7.3.3.	Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten	30
7.3.4.	Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine zeitlich begrenzte Versuchsphase der generellen Öffnungszeiten von Nachtlokalen bis 05.00 Uhr (Änderung des kantonalen Gesetzes über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholhaltigen Getränken) Finanzausgleich.....	31
7.3.5.	Erhöhung der Altersgrenze für die Ausübung der Prostitution im Kanton Solothurn	31
7.3.6.	Optimierung der Kirchsteuer für juristische Personen	31
7.3.7.	Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung.....	32
7.3.8.	Förderung erneuerbare Energie	32
7.3.9.	Szenarien für den Kanton Solothurn betreffend Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie	33
7.3.10.	Verbot von Elektroheizungen.....	33
7.3.11.	Energieeffizienzoffensive für den Kanton Solothurn	34
7.3.12.	Lücken schliessen bei den Familienzulagen.....	34
7.3.13.	Erweiterung der Standardlösungen für den Nachweis des Wärmeschutzes bei Neubauten auf Biogas.....	34
7.3.14.	Für eine massvolle Erweiterung der Sonntagsöffnungszeiten.....	35
7.4.	Motionen	35
7.4.1.	Aufgabenteilung	35
7.5.	Postulate	35

1. Behörden

1.1. Volksaufträge

1.2. Parlamentarische Initiativen

1.3. Aufträge

1.3.1. Änderung des Geschäftsreglements: Möglichkeit eines interfraktionellen Vorstosses

14. Dezember 2011 Auftrag Roland Heim, CVP

Das Geschäftsreglement des Kantonsrats von Solothurn ist so zu ergänzen, dass es in Zukunft wieder möglich sein wird, einen interfraktionellen, fraktionsübergreifenden oder ähnlich bezeichneten (früher überparteilichen) Vorstoss einzureichen.

Erledigt

Mit Teilrevision des Geschäftsreglements vom 24. Januar 2012 erledigt. Vorstösse, die von Ratsmitgliedern aus zwei oder mehr Fraktionen unterzeichnet sind, können als fraktionsübergreifend bezeichnet werden (§ 79 Abs. 4).

1.3.2. Beschleunigung der Behandlung von Interpellationen

24. Januar 2012 Auftrag Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die Ratsleitung wird beauftragt, eine Spezialkommission einzusetzen, mit dem Auftrag zu prüfen, wie die Einhaltung der bestehenden Frist zur Behandlung von Interpellationen sichergestellt werden kann und dem Kantonsrat bis Ende 2012 Bericht und Antrag vorzulegen.

Erledigt

Mit Teilrevision des Kantonsratsgesetzes vom 12. Dezember 2012 erledigt. Interpellationen sind vom Regierungsrat bis zur nächsten Session schriftlich zu beantworten und werden in der Regel in dieser Session traktandiert (§ 37 Abs. 2).

1.3.3. Trennung von Steuerung und Aufsicht

24. Januar 2012 Auftrag Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die Ratsleitung wird beauftragt, eine Spezialkommission einzusetzen, mit dem Auftrag zu prüfen, wie grundsätzlich erstens die Funktionen der Steuerung und der Aufsicht entflochten (analog dem Kommissionsmodell des Berner Grossen Rates) und zweitens die heute auf drei verschiedene Kommissionen verteilten Aufsichtskompetenzen gebündelt und die parlamentarische (Ober-)Aufsicht generell effektiver gestaltet werden kann. Dem Kantonsrat ist bis Ende 2012 Bericht und Antrag vorzulegen.

Unerledigt

Die eingesetzte Spezialkommission hat einen Entwurf in eine beschränkte Vernehmlassung geschickt; Bericht und Antrag an den Kantonsrat folgen voraussichtlich im Jahr 2013.

1.3.4. Straffung des Budgetprozesses

24. Januar 2012 Auftrag Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die Ratsleitung wird beauftragt, eine Spezialkommission einzusetzen, mit dem Auftrag zu prüfen, wie der Budgetprozess auf Kantonsratsebene gestrafft werden kann. Dabei ist anzustreben, dass der Prozess während der parlamentarischen Vorberatung in den Kommissionen miliztauglicher und der Terminplan im Herbst auf parlamentarischer Ebene weniger gedrängt ist. Dem Kantonsrat ist bis Ende 2012 Bericht und Antrag vorzulegen.

Unerledigt

Die eingesetzte Spezialkommission hat einen Entwurf in eine beschränkte Vernehmlassung geschickt; Bericht und Antrag an den Kantonsrat folgen voraussichtlich im Jahr 2013.

1.3.5. Verbesserung Akteneinsichts- und Informationsrecht der Kantonsratsmitglieder

24. Januar 2012

Auftrag Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die Ratsleitung wird beauftragt, eine Spezialkommission einzusetzen, mit dem Auftrag zu prüfen, wie die Akteneinsichts- und Informationsrechte der Kantonsratsmitglieder verbessert werden können. Insbesondere ist zu prüfen, ob und wie inskünftig alle Kantonsratsmitglieder individuell und nicht nur – wie heute – die Aufsichtskommissionen berechtigt werden können, sog. „nicht öffentliche“ bzw. vertrauliche Regierungsratsbeschlüsse zu verlangen. Dem Kantonsrat ist bis Ende 2012 Bericht und Antrag vorzulegen.

Erledigt

Mit Teilrevision des Kantonsratsgesetzes und des Geschäftsreglements vom 12. Dezember 2012 erledigt. Jedes Ratsmitglied kann Einsicht nehmen in öffentliche Regierungsratsbeschlüsse; bei nicht öffentlichen Regierungsratsbeschlüssen entscheidet die Staatskanzlei, ob der Entscheid durch Abdecken, Anonymisierung oder Weglassen gewisser Stellen öffentlich gemacht werden kann (§ 29 KRG). Über die Informationsrechte der einzelnen Ratsmitglieder hinaus können die Kommissionen in alle Regierungsratsbeschlüsse Einsicht nehmen, die ihren Sachbereich betreffen. Die Präsidenten der Aufsichtskommissionen und der parlamentarischen Untersuchungskommissionen können alle Regierungsratsbeschlüsse zu Themen, die sie in der Kommission zur Sprache bringen wollen, verlangen. Sie müssen die gewünschten Regierungsratsbeschlüsse zumindest dem Gegenstand nach bezeichnen. Allgemein formulierte Sammelanfragen sind nicht zulässig (§ 31 KRG).

1.3.6. Neuordnung der Kommissionenstruktur

24. Januar 2012

Auftrag Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die Ratsleitung wird beauftragt, eine Spezialkommission einzusetzen, mit dem Auftrag, die geltende Kommissionenstruktur bzw. die Aufgabenverteilung auf die Kommissionen zu überprüfen, insbesondere im Hinblick darauf, dass die unterschiedlichen Belastungen zwischen den Kommissionen ausgeglichen sowie potenzielle Kompetenzkonflikte (grosse Bauvorlagen) vermieden werden. Dem Kantonsrat ist bis Ende 2012 Bericht und Antrag vorzulegen.

Unerledigt

Die eingesetzte Spezialkommission hat einen Entwurf in eine beschränkte Vernehmlassung geschickt; Bericht und Antrag an den Kantonsrat folgen voraussichtlich im Jahr 2013.

1.4. Motionen**1.5. Postulate**

2. Staatskanzlei**2.1. Volksaufträge****2.2. Parlamentarische Initiativen****2.3. Aufträge**

2.3.1. Ergänzung der Unvereinbarkeitsbestimmungen

19. Mai 2010

Markus Schneider, SP

Die kantonalen Verfassungsbestimmungen zur Gewaltenteilung (Art. 58) sind dahingehend anzupassen, dass zusätzlich zu dem heute bereits betroffenen Personenkreis auch alle nebenamtlichen Mitglieder kantonalen Gerichte, die der direkten Aufsicht des Kantonsrates unterstehen (§ 109 Gesetz über die Gerichtsorganisation, BGS 125.12) und bei denen der Kantonsrat Disziplinarbehörde ist (§ 24 lit.a Verantwortlichkeitsgesetz, BGS 124.21), nicht gleichzeitig Mitglied des Kantonsrates sein dürfen. Die Änderungen sind auf Beginn der nächsten Wahlperiode in Kraft zu setzen.

Erledigt

Die Änderung der Kantonsverfassung wurde vom Volk am 23. September 2012 angenommen und tritt am 1. August 2013 in Kraft.

2.3.2. Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die definitive Einführung von e-Voting

2. November 2011

Fabian Müller, SP

Der Regierungsrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen dahingehend zu ändern, dass e-Voting im Kanton Solothurn definitiv eingeführt werden kann. Die Sicherheit bei der korrekten Ergebnisermittlung sowie die Einhaltung des Wahlgeheimnisses muss gewährleistet sein.

Unerledigt

Eine Ausdehnung von Vote électronique für Stimmberechtigte mit Wohnsitz im Kanton ist aufgrund der dezentralen Stimmregister, der unterschiedlichen Softwares in den Gemeinden und der fehlenden Schnittstelle zum Wahl- und Abstimmungssystem sehr komplex. Für die flächendeckende Durchführung von Vote électronique benötigt der Kanton die Registerdaten der Stimmberechtigten aller Gemeinden. Zu diesem Zweck hat die Staatskanzlei das Projekt V-Reg gestartet. Auf der technischen Plattform GERES sollen die Daten der kommunalen Stimmregister auf Knopfdruck an die Staatskanzlei übermittelt werden können. Von dort aus werden diese von der Staatskanzlei in das Vote électronique-System überführt. Ein Pilotversuch für den Datenaustausch wird in einer Arbeitsgruppe mit 5-6 Solothurner Gemeinden im 2013 vorbereitet.

2.3.3. Rechtsunsicherheit betr. Nichterreichen des Quorums für den 2. Wahlgang bei einer Majorzwahl, wenn mehr als 1 Sitz zu besetzen ist

21. März 2012

Roland Heim, CVP

Da die heute praktizierte Auslegung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR) durch die Staatskanzlei bewirken kann, dass in einer Majorzwahl, bei der 5 Sitze zu besetzen sind, Kandidaten, obwohl sie im ersten Wahlgang von 20% der Stimmenden gewählt wurden, nicht mehr zum 2. Wahlgang zugelassen sind, wird der Regierungsrat beauftragt, hier eine Praxisänderung zu bewirken und/oder die entsprechenden rechtlichen Grundlagen zu ändern, zu präzisieren oder zu ergänzen. Damit soll bewirkt werden, dass die Auslegung von § 46 Abs. 1 GpR, der bei Majorzwahlen die Bedingung für die Zulassung zu einem ev. 2. Wahlgang regelt (Quorum=5%) in ähnlicher Art und Weise interpretiert wird, wie § 113 Abs. 2, der die Berechnung des absoluten Mehrs regelt.

Die Bestimmung des 5%-Quorums sollte, wie das auch bei der Bestimmung des absoluten Mehrs (50%-Quorum) ganz automatisch geschieht, in Abhängigkeit zur Anzahl der zu vergebenden Sitze geschehen. Welche Basis letztlich für die Berechnung

des 5%-Quorums sinnvoll ist, kann hier noch offen gelassen werden. Denkbar wäre ein Quorum bezogen auf das absolute Mehr oder auf die Anzahl der gültig Stimmenden (Personen) oder auf eine der Sitzzahl angepasste Kennzahl, die sich aus dem Total der gültigen Stimmen herleitet.

Gleichzeitig soll der Regierungsrat überprüfen, ob auch die Regelung der Berechnung des absoluten Mehrs gemäss § 113 Abs. 2 GpR eine Präzisierung erfahren muss, da auch in diesem Artikel die notwendige "Division der Summe von gültigen und leeren Stimmen durch die Anzahl zu vergebender Sitze" mit keiner Silbe erwähnt wird, aus mathematischen Gründen aber zwingend vorgenommen werden muss.

Da bereits im Frühjahr 2013 wieder Majorzwahlen stattfinden, drängt sich eine **dringliche** Behandlung dieses Auftrages auf, um bis dahin eventuelle Gesetzesanpassungen machen zu können.

Unerledigt

Dieser Auftrag wurde nicht dringlich erklärt (A 188/2011 vom 9. Nov. 2011). Der Kantonsrat hat die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte am 12. Juni 2012 zurückgewiesen und den Regierungsrat beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Vorlage befand sich bis Ende 2012 in der Vernehmlassung.

2.3.4. Frist zwischen erstem und zweitem Wahlgang bei Majorzwahlen – bitte künftig nicht langsamer als die Berner

21. März 2012

Markus Schneider, SP

Das Gesetz über die politischen Rechte (GpR, BGS 113.111) ist dahingehend anzupassen, dass die Frist zwischen erstem und zweitem Wahlgang bei Majorzwahlen in der Regel vier Wochen beträgt. Die Gesetzesanpassung ist so zu terminieren, dass die nächsten Gesamterneuerungswahlen für den Regierungsrat mit dieser Frist durchgeführt werden können.

Unerledigt

Der Kantonsrat hat die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte am 12. Juni 2012 zurückgewiesen und den Regierungsrat beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Vorlage befand sich bis Ende 2012 in der Vernehmlassung.

2.3.5. Listenverbindungen: Beschränkung auf das Wesentliche

28. März 2012

überparteilich

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR; BGS 113.11) und – wenn nötig – der dazugehörigen Ausführungserlasse zu unterbreiten, wonach bei Wahlen nur noch Verbindungen zwischen Listen der gleichen Partei und zwischen Listen der Mutter- und der jeweiligen Jungpartei (Unterlistenverbindungen) zulässig sind. Die Vorlage ist innert 6 Monaten zu unterbreiten, so dass die entsprechenden Gesetzesänderungen bereits auf die Kantonsratswahlen 2013 angewendet werden können.

Unerledigt

Der Kantonsrat hat die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte am 12. Juni 2012 zurückgewiesen und den Regierungsrat beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Vorlage befand sich bis Ende 2012 in der Vernehmlassung.

2.3.6. Stärkung der parlamentarischen Mitwirkung in interkantonalen Angelegenheiten

12. Juni 2012

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Die Spezialkommission zur Revision des Kantonsratsgesetzes wird beauftragt, Artikel 72 Absatz 2 der Kantonsverfassung auf Gesetzes-, allenfalls Reglementsstufe zu konkretisieren.

Erledigt

Mit Änderung des Kantonsratsgesetzes vom 12. Dezember 2012 (WoV-Revision Parlamentsrecht) wurden Bestimmungen über die Information der Kommissionen über Staatsverträge und die Konsultation des Kantonsrates aufgenommen (§§ 45 sexies und septies KRG).

- 2.3.7. Bürokratieabbau nicht nur für KMU's, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für alle mit Kanton und Gemeinden in Beziehung stehenden Organisationen

19. Juni 2012

CVP/EVP/glp

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat analog der Vorlage VI 007/2011 (Initiative „Bürokratieabbau KMU's“) ebenfalls eine Vorlage vorzulegen, mit der gesetzlich oder verfassungsmässig verankert wird, dass der Kanton Massnahmen trifft, um die Regelungsdichte und die administrative Belastung für alle Bürgerinnen und Bürger sowie für alle mit ihm in Beziehung stehenden Organisationen (Unternehmungen inkl. KMU's, Nonprofit-, bzw. gemeinnützige Organisationen, Vereine, Gemeinden usw.) so gering wie möglich zu halten hat. Dabei sind, wo möglich, auch die Gemeinden in diese Verpflichtung einzubinden.

Unerledigt

Eine Vernehmlassungsvorlage wird im 2013 vorbereitet.

2.4. Motionen

2.5. Postulate

3. Bau- und Justizdepartement

3.1. Volksaufträge

3.2. Parlamentarische Initiativen

3.3. Aufträge

3.3.1. Für mehr Sicherheit beim Bipperlisi

6. September 2006

Irene Froelicher, FdP

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Massnahmen, welche die Verkehrssicherheit im Zusammenhang mit der Bahn «Bipperlisi» erhöhen, raschmöglichst auszuführen.

Unerledigt

Die vor dem Jahr 2012 ausgeführten Massnahmen sind den jeweiligen Berichten per Ende 2007 bis 2011 zu entnehmen.

Auf dem Streckenabschnitt St. Katharinen in Solothurn bis Flumenthal untersucht die Aare See-land mobil AG (asm) gemeinsam mit dem Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) die Parallelführung der Schiene mit der Strasse. Mit der Untersuchung soll der fehlende Sicherheitsabstand zwischen Bahn und Strasse aufgezeigt werden. Für die Festlegung des notwendigen Querschnitts wurde das Bundesamt für Verkehr (BAV) begrüsst. Die Antwort steht immer noch aus. Das neue Lichtraumprofil bedingt grössere Umgestaltungsarbeiten. Das AVT beabsichtigt, diese Arbeiten zusammen mit den vorgesehenen Betonstrassensanierungen vorzunehmen. Der Sanierungsumfang ist noch offen, die Ausführung ist für die Jahre 2017 bis 2021 geplant. Voraussetzung ist die nötige Kreditgenehmigung durch den Kantonsrat bzw. den Regierungsrat. Als Sofortmassnahme (Lichtraumausweitung asm) wurde im Abschnitt Kreuzung Hinterriedholz bis Flumenthal die Strasse provisorisch um 0.50 m verschmälert. Diese Arbeiten wurden im Herbst 2012 ausgeführt.

Für die Jahre 2018 bis 2020 ist der Umbau der Kreuzung Hinterriedholz in den Gemeinden Riedholz / Flumenthal vorgesehen. Der Umbau erfolgt mittels einer neuen Lichtsignalanlage. In diese Anlage wird auch der Bahnübergang voll integriert. Gegen die aufgelegten neuen Schrankenanlagen in Feldbrunnen hat die Einwohnergemeinde Feldbrunnen-St. Niklaus Einsprache erhoben. Die Gemeinde Feldbrunnen-St. Niklaus, die asm und der Kanton Solothurn haben im Jahre 2012 zusammen mit dem Ingenieurbüro Metron in einer Konzeptstudie das aufgelegte Projekt überarbeitet. Das Resultat fliesst nun in den neu zu erstellenden Erschliessungsplan ein. Die öffentliche Neuauflage des Planes ist für den Sommer 2013 geplant. Mit der Sanierung der Bahnübergänge möchte die asm im September 2014 beginnen.

In den Jahren 2011 und 2012 wurde unter Federführung des AVT und in Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt Solothurn, der asm sowie der Denkmalpflege des Kantons Solothurn eine Projektstudie für die Baselstrasse in Solothurn erarbeitet. Ziel der Projektstudie ist es, eine für alle Verkehrsteilnehmer bestmögliche Lösung betreffend Verkehrssicherheit und Verkehrsqualität zu erreichen und mit der nächsten anstehenden Strassen- und Bahnsanierung umzusetzen. Die Vernehmlassung dieser Studie ist abgeschlossen. Die Strassen- und Bahnsanierung ist gemäss Mehrjahresplan Strassenbau für die Jahre 2017 und 2018 vorgesehen.

Als Sofortmassnahme wurde im Bereich der Einmündung Grimmengasse / Fialastrasse der Fussgängerstreifen um ca. 30 m nach Osten verschoben. Damit konnte die Sicht auf wartende Fussgänger verbessert werden.

Diverse Optimierungen der LSA-Steuerungen sind bereits erfolgt.

3.3.2. Anpassung des Kapitels Telekommunikation VE-6.3. des kantonalen Richtplanes

7. November 2007

Fraktion FdP

Das Kapitel 6.3 Telekommunikation des kantonalen Richtplanes wird mit einem zusätzlichen Beschluss ergänzt. Dieser lautet wie folgt: VE-6.3.7 «Die Mobilfunkbetreiber optimieren Antennenstandorte innerhalb der Bauzone vorgängig zum Baugesuchsverfahren in einem Dialog mit den Gemeinden (Konsensualverfahren)».

Unerledigt

Der Auftrag wird mit der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans umgesetzt. Der Regierungsrat hat am 11. Dezember 2012 Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat beschlossen.

3.3.3. Verbesserter Hochwasserschutz im Niederamt und Olten

12. März 2008

Überparteilich

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Konzept «Hochwasserschutz Aare und Dünern» auszuarbeiten, um die gefährdeten und bekannten Gebiete im Niederamt und der Stadt Olten vor weiteren Hochwassern zu schützen.

Unerledigt

Aare: Als Teil der Wasserbauplanung 2009, Kantonsratsbeschluss Nr. SGB 119/2008 vom 10. Dezember 2008, bzw. deren jährlichen Fortschreibung in der Mehrjahresplanung für den Wasserbau und die Siedlungswasserwirtschaft, zuletzt erfolgt mit der Mehrjahresplanung 2013, Kantonsratsbeschluss Nr. SGB 135/2012 vom 4. Dezember 2012, ist das Wasserbauprojekt Hochwassersicherheit Aare, Abschnitt Olten bis Kantonsgrenze bei Aarau, in Bearbeitung.

In den Gebieten mit dem grössten Schadenpotential sind notwendige Schutzbauten im Uferbereich als sogenannte «vorgezogene Massnahmen» aus der Gesamtplanung herausgelöst und als separate Projekte vorangetrieben worden. In den Gemeinden Gretzenbach, Niedergösgen und Schönenwerd sind die Massnahmen bereits realisiert. Im Abschnitt Dulliken-Obergösgen-Däniken wurde die Nutzungsplanung bewilligt und Anfang 2013 die Ausführung gestartet.

Alle übrigen Bestandteile des Massnahmenkonzeptes werden mit dem inzwischen vorliegenden «Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekt Aare, Olten-Aarau» umgesetzt. Die Genehmigung des kantonalen Nutzungsplanes durch den Regierungsrat ist im ersten Halbjahr 2013 vorgesehen. Dem Stimmvolk wird voraussichtlich am 9. Juni 2013 der notwendige Verpflichtungskredit vorgelegt. Die Realisierung soll ab 2014 starten und dauert rund 5 Jahre.

Dünern: Als Teil der Mehrjahresplanung ab 2011 für den Wasserbau und die Siedlungswasserwirtschaft, zuletzt fortgeschrieben mit der Mehrjahresplanung 2013, Kantonsratsbeschluss Nr. SGB 135/2012 vom 4. Dezember 2012, wurde inzwischen ein Hochwasserschutz- und Revitalisierungskonzept erarbeitet. Darin sind die Erkenntnisse der kommunalen Gefahrenkarten zusammengeführt, das Hochwasserschutzdefizit der gesamten Region aufgezeigt und die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verschiedener Lösungsansätze unter Berücksichtigung des Revitalisierungspotenzials beurteilt.

Im Jahr 2012 wurden zudem die im Zusammenhang mit der stattgefundenen Änderung der Eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung erforderlichen Planungsarbeiten (Gewässerraum, Revitalisierung von Gewässern, etc.) begonnen. Daraus können weitere, wichtige Erkenntnisse gewonnen werden und in der Folge wird mittelfristig – nachdem die Projekte an Aare und Emme weiter fortgeschritten sind – die Projektierung konkreter Hochwasserschutz- und Revitalisierungsmassnahmen an der Dünern angengangen.

- 3.3.4. Umsetzung der Agglomerationsprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften
2. Dezember 2008 Fraktion CVP/EVP
-
- Der Regierungsrat wird aufgefordert, in einem Konzept aufzuzeigen, mit welchen regionalen Trägerschaften die ausgearbeiteten Agglomerationsprogramme umgesetzt werden sollen. Im Weiteren soll der Regierungsrat prüfen, welche gesetzlichen Grundlagen für diese Trägerschaften benötigt werden und wie sich die Schaffung der Trägerschaften mit den Anliegen der Gemeindeautonomie und den sonstigen im Aufbau begriffenen regionalen Trägerschaften vereinbaren lässt.
- Erledigt**
-
- Das Projekt ist in drei Phasen unterteilt. Nachdem der Konzeptbericht von Phase 1 insgesamt auf ein mehrheitlich positives Echo bei den Gemeinden gestossen ist, löste der Regierungsrat Phase 2 des Projektes aus. Der Bericht «Regionale Trägerschaften - Konkretisierung des Modells» wurde wiederum anlässlich von drei regionalen, gut besuchten Informationsveranstaltungen zur Diskussion gestellt. Die Gemeinden gaben mittels Fragebogen Rückmeldungen, ob die Phase 3 (Gesetzgebungsprozess) in Angriff genommen werden soll. 59 % der Gemeinden waren der Ansicht, dass die Phase 3 nicht initiiert werden soll. Aus diesem Grund entschied der Regierungsrat, dass das Projekt «Regionale Trägerschaften» nicht weiter zu verfolgen sei. Daher kann der Auftrag als erledigt abgeschrieben werden.
- 3.3.5. Bewilligungspflicht für erneuerbare Energien
3. März 2009 Peter Brügger, FDP
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Änderung des Planungs- und Baugesetzes und der kantonalen Bauverordnung zu unterbreiten, die folgende Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens bringen soll:
- Für Sonnenkollektoren mit einer Fläche bis 20m² ist unabhängig der Zonenzugehörigkeit keine Baubewilligung notwendig. Ausgenommen davon sind Anlagen bei Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen.
 - Für Luftwärmepumpen ist unabhängig der Zonenzugehörigkeit generell keine Baubewilligung notwendig.
- Erledigt**
-
- Erledigt im Rahmen der Änderung der Kantonalen Bauverordnung mit KRB vom 5. September 2012 (RG 095/2012).
- 3.3.6. Verbesserung der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn
5. Mai 2009 François Scheidegger, FDP
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat die erforderlichen Verfassungs- und Gesetzesänderungen zu unterbreiten für den Ausbau der Aufsicht des Regierungsrates über die Strafverfolgungsbehörden im Sinne von Ziffer 3.4. (Ermöglichung von generellen Weisungen).
- Unerledigt**
-
- Die Arbeiten sind vom Bau- und Justizdepartement anhand genommen worden und sind mittlerweile soweit fortgeschritten, dass im 2013 eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt werden kann.
- 3.3.7. Erleichterte Verfahren für die Kleinwasserkraft/Abbau von Hindernissen für die Förderung der Kleinwasserkraft
26. August 2009 Überparteilich
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, organisatorische und planerische Massnahmen zu ergreifen, um die Verfahren für den Bau und die Neukonzessionierung von Kleinwasserkraftwerken zu beschleunigen.
- Unerledigt**
-
- Wie im RRB Nr. 2009/382 vom 10. März 2009 beschrieben, wurden bereits verschiedene Massnahmen geprüft und wo möglich umgesetzt. Mit der nun vorliegenden Empfehlung der Aufsichtsbehörden BAFU und BFE (Empfehlung zur Erarbeitung kantonalen Schutz- und Nutzungsstrategien im Bereich Kleinwasserkraftwerke, 2011) kann die Erarbeitung der kantonalen Wassernutzungsstrategie in Angriff genommen

werden, welche massgebend wird für die Verfahren von Kleinwasserkraftwerken. Um die Schutz- und Nutzungsinteressen umfassend berücksichtigen zu können, wird die Wassernutzungsstrategie mit den kantonalen Strategischen Planungen zum Schutz und Nutzung der Gewässer (Revitalisierungsplanung, Geschiebehalt, Fischgängigkeit gemäss rev. Gewässerschutzgesetz) koordiniert. Diese Planungen sind bis Ende 2013 dem Bund in Form von Zwischenberichten zur Stellungnahme vorzulegen und bis Ende 2014 fertigzustellen sowie vom Kanton zu verabschieden. Die Wassernutzungsstrategie wird somit parallel dazu Ende 2013 im Entwurf vorliegen und im Verlauf 2014 definitiv abgeschlossen.

3.3.8. Kein Endlager im Niederamt

2. September 2009

Fraktion SP/Grüne

Der Regierungsrat sichert zu, sich vehement dafür einzusetzen, dass die Kriterien des Sachplans geologisches Tiefenlager strikte eingehalten und die Interessen des Niederamtes berücksichtigt werden.

Unerledigt

Es handelt sich um einen Auftrag, der sich auf die ganze Verfahrensdauer bezieht (Daueraufgabe). Das Verfahren läuft wie folgt ab: Die Standortsuche erfolgt im Sachplan geologische Tiefenlager. Der Sachplan ist ein Raumplanungsinstrument des Bundes. Das Sachplanverfahren für geologische Tiefenlager findet in drei Etappen statt. Etappe 1 hat im November 2008 mit der Bekanntgabe der möglichen Standortgebiete durch die Nagra begonnen und ist mit dem Bundesratsentscheid am 30. November 2011 abgeschlossen worden. Mit dem Entscheid des Bundesrates, alle sechs vorgeschlagenen Standortregionen in den Sachplan aufzunehmen, ist der Kanton Solothurn mit der Standortregion Jura-Südfuss für ein Tiefenlager für schwach- und mittelaktive Abfälle betroffen. Mit dem Abschluss der Etappe 1 gab der Bundesrat gleichzeitig den Startschuss für Etappe 2 der Standortsuche. Die vorgeschlagenen Standortgebiete werden in dieser rund vier Jahre dauernden Etappe sicherheitstechnisch vertieft untersucht. Ein wichtiger Meilenstein in Etappe 2 ist die Bekanntgabe der Vorschläge der Nagra zur Platzierung der Oberflächenanlage sowie deren Erschliessung, welche am 20. Januar 2012 erfolgt ist. Die Vorschläge wurden von den Regionalkonferenzen und deren Fachgremien im Jahre 2012 diskutiert und bis März 2013 beurteilt. Die Regionalkonferenz Jura-Südfuss wurde am 9. November 2011 gegründet. In der Etappe 2 werden die Standortvorschläge auf mindestens zwei pro Abfallkategorie (hochaktive/schwach- und mittelaktive Abfälle) eingegrenzt. In Etappe 3 erfolgt die definitive Standortauswahl und der Bundesratsentscheid über das Rahmenbewilligungsgesuch. Die Rahmenbewilligung muss von den eidgenössischen Räten genehmigt werden. Der Parlamentsbeschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

3.3.9. Anpassung der Verfahrensvorschriften im Verantwortlichkeitsgesetz

22. Juni 2010

Überparteilich

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Verantwortlichkeitsgesetz, insbesondere § 11, so anzupassen, dass Schadenersatzansprüche gegenüber dem Gemeinwesen keinen Verwirklichungsfristen, sondern ausschliesslich den Verjährungsfristen gemäss Artikel 60 OR unterliegen.

Erledigt

Mit RRB Nr. 2010/2357 vom 14. Dezember 2010 hat der Regierungsrat erstmals Botschaft und Entwurf für Anpassungen im Staatshaftungsrecht dem Kantonsrat unterbreitet. Aufgrund der kontroversen Auffassungen im Bereich der medizinischen Staatshaftung hat der Regierungsrat mit RRB Nr. 2011/2193 vom 24. Oktober 2011 eine überarbeitete Vorlage in die Vernehmlassung geschickt. Die mit RRB Nr. 2012/1184 vom 11. Juni 2012 überwiesene neue Vorlage «Anpassungen im Staatshaftungsrecht» hat der Kantonsrat am 29. August 2012 (mit KRB Nr. RG 197/2010 a +b) beschlossen. Die entsprechenden Gesetzesänderungen, insbesondere des Verantwortlichkeitsgesetzes, sind am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.

3.3.10. Deponie Rothacker

30. Juni 2010

Iris Schelbert-Widmer, Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Situation betreffend der Deponie Rothacker zu klären, insbesondere die Ströme des Sickerwassers und die in der Deponie gelagerten Abfälle zu ermitteln und eine Sanierung der Deponie zu prüfen. Dazu soll er dem Kantonsrat eine Kostenschätzung, eine eventuelle Kostenbeteiligung der Betreiberin und einen möglichen Zeitplan vorlegen.

Erledigt

Die Stellungnahme des Regierungsrates mit dem weiteren Vorgehen sowie der Kostenschätzung und Finanzierung erfolgte mit dem RRB Nr. 2010/600 vom 30. März 2010. Die darin erwähnten technischen Untersuchungen (Stufe 1) wurden 2011 abgeschlossen, die Ergebnisse Anfang 2012 öffentlich kommuniziert (Medienmitteilung). Die Erkenntnisse aus der durchgeführten Untersuchung sind ausreichend, so dass auf die Durchführung weiterer Untersuchungen verzichtet und ein konkretes Sanierungs- und Überwachungskonzept ausgearbeitet werden kann.

3.3.11. Metro Schwarzbubenland

26. Januar 2011

Christian Imark, SVP

Der Kanton Solothurn setzt sich, im Rahmen seiner Möglichkeiten, für die Verdichtung des Taktfahrplans auf der S-Bahn Linie 3 zwischen Olten und Laufen ein.

Erledigt

Im Rahmen der Angebotsplanung Nordwestschweiz setzen sich die Kantone AG, BL, BS, JU und SO mit den SBB für eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Laufental und Ergolzthal ein. Eine erste Massnahme ist die Erweiterung des Ostkopfs des Bahnhofs Basel SBB. Ohne die hierdurch geschaffenen zusätzlichen Kapazitäten kann keine Erweiterung des Angebots im Laufental und im Ergolzthal umgesetzt werden. Die Erweiterung des Ostkopfs Basel ist in der Botschaft zu FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahn-Infrastruktur) enthalten. Die Studie zum Ausbau des Ostkopfes Basel konnte 2012 abgeschlossen werden.

Für die weitere Angebotsplanung im Laufental werden mehrere Varianten vertieft und bewertet. Untersucht werden hierbei als Varianten ein Viertelstundentakt der Regio-S-Bahn S3 Basel - Laufen bzw. eine zweite Fernverkehrsverbindung Basel - Delémont. In einem ersten Schritt werden hierfür Ausbaumassnahmen der Infrastruktur erarbeitet und deren Kosten abgeschätzt.

Zusätzlich zur langfristigen Optimierung wird jeweils geprüft, ob Massnahmen im laufenden Bestellverfahren umgesetzt werden können. Zum Fahrplan 2014 wird ein Verdichtungszugspaar Aesch - Basel - Aesch von/nach Delémont verlängert. Damit wird zumindest zur Spitzenzeit das Angebot Laufen - Basel verbessert.

3.3.12. Keine Ausnützungsanrechnung bei verglasten, unbeheizten Balkonverglasungen (Cover)

26. Januar 2011

Claude Belart, FDP

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Kantonale Bauverordnung so zu ändern, dass verglaste Balkone im unbeheizten Bereich nicht zur Ausnützungsziffer angerechnet werden müssen.

Erledigt

Erledigt im Rahmen der Änderung der Kantonalen Bauverordnung mit KRB vom 5. September 2012 (RG 095/2012).

3.3.13. Energie-, Baulandeffizienz und Biodiversität fördern statt beschränken

22. März 2011

Felix Lang, Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, die bauliche Gesetzgebung im Hinblick auf die Förderung der Energie- und Baulandeffizienz sowie der Biodiversität zu überprüfen und dabei vor allem die Nutzungsziffern entsprechend zu ändern und möglichst zu vereinfachen.

Erledigt

Erledigt im Rahmen der Änderung der Kantonalen Bauverordnung mit KRB vom 5. September 2012 (RG 095/2012).

3.3.14. Ausnützungsbonus für Bauten in Minergie und Minergie P

22. März 2011

Fraktion FDP.Die Liberalen

Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen Änderungen auf Gesetzes- und/oder Verordnungsstufe vorzunehmen, damit Gebäuden, welche die Anforderungen an den Minergie- und den Minergie-P-Standard (Passivhäuser) erfüllen, als Anreiz ein angemessener Ausnützungsbonus gewährt wird.

Erledigt

Erledigt im Rahmen der Änderung der Kantonalen Bauverordnung mit KRB vom 5. September 2012 (RG 095/2012).

3.3.15. Sichern von Landreserven in Richtplan und Raumplanung für Firmen mit Anschlussgleisen und künftigen Infrastrukturbauten der Bahn

24. August 2011

Peter Schafer, SP

Der Regierungsrat wird beauftragt, in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung bezüglich Luftreinhaltung, Güterverkehrsverlagerung und Umweltschutz im Allgemeinen, folgende Punkte verbindlich in den Richtplan aufzunehmen, respektive in die laufende Richtplanüberarbeitung und in der Raumplanung des Kantons Solothurn zu berücksichtigen:

Geeignete gleisnahe Grundstücke, insbesondere an der Jura Südfuss Strecke und im Niederamt sollen nach Möglichkeit nur dann mit industriellen Bauten belegt werden, wenn sich die entsprechenden Firmen dazu verpflichten, ihr Areal mit Anschlussgleisen zu erschliessen und ihre Transporte mehrheitlich per Bahn abzuwickeln.

Das Amt für Raumplanung und das Amt für Verkehr und Tiefbau des Bau- und Justizdepartements des Kanton Solothurn pflegt einen regelmässigen Austausch mit SBB Infrastruktur, SBB Cargo, BLS AG und OeBB, um jederzeit deren kurz-, mittel- und langfristigen Landbedürfnisse für Planungen und Projekte im Bereich Schienengüterverkehr zu kennen. Dies mit dem Ziel, entsprechende Landreserven zu sichern, auch zu einem Zeitpunkt, bei dem noch keine konkreten Bauprojekte vorliegen.

Unerledigt

Der Auftrag wird mit der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans umgesetzt. Der Regierungsrat hat am 11. Dezember 2012 Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat beschlossen.

- 3.3.16. Keine Gebühren im energetischen und umwelttechnischen Bereich
8. November 2011 Irene Froelicher, glp
-
- Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Kantonale Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und –gebühren so abzuändern, dass bauliche Massnahmen an Gebäuden, welche zu Verbesserungen im energetischen Bereich (Sanierungen bezüglich Energieeffizienz, Installationen zur Erzeugung erneuerbarer Energie) sowie im umwelttechnischen Bereich (Versickerung/Fassung Dachwasser usw.) führen, nicht mit Gebühren belastet werden.
- Erledigt**
-
- Erledigt im Rahmen der Änderung der Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge und –gebühren mit KRB vom 5. September 2012 (RG 096/2012).
- 3.3.17. Rasche Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich hindernisfreie Publikumsanlagen der Eisenbahninfrastruktur
20. März 2012 Peter Schafer, SP
-
- Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wird beauftragt, sich bei den Eisenbahninfrastrukturbetreibern für die rasche Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich hindernisfreie Publikumsanlagen einzusetzen.
- Unerledigt**
-
- Mit der Neuordnung der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Botschaft «FABI» ist vorgesehen, dass die Finanzierung der Publikumsanlagen der Bahnen auf die Kantone übergeht. Wenn FABI in Kraft tritt, steigt somit auch der Einfluss des Kantons Solothurn auf den Zeitplan der Umsetzung. Im Rahmen der Investitionsplanung wird gemeinsam mit den Bahnen eine möglichst rasche Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes angestrebt.
- 3.3.18. Regelung von Kosten und Parteientschädigungen im Verwaltungsgerichtsverfahren
12. Juni 2012 Überparteilich
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, Botschaft und Entwurf vorzulegen, womit § 77 Satz 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes so abgeändert wird, dass den unterliegenden Behörden Parteientschädigungen auferlegt werden können.
- Erledigt**
-
- Umsetzung im Rahmen der mit RRB Nr. 2012/1184 vom 11. Juni 2012 überwiesenen Vorlage «Anpassungen im Staatshaftungsrecht», die der Kantonsrat am 29. August 2012 (mit KRB Nr. RG 197/2010 a + b) beschlossen hat. Die entsprechende Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes ist am 1. Januar 2013 in Kraft getreten.
- 3.3.19. Für den Erhalt des Einheitspreises beim TNW-Abo
19. Juni 2012 Beat Ehrsam, SVP
-
- Der Regierungsrat wird beauftragt, alles zu unternehmen, um die Zukunft des U-Abos des TNW ohne Zonierung mit dem Einheitspreis zu sichern.
- Erledigt**
-
- Die TNW-Vollversammlung hat am 10. Dezember 2012 beschlossen, das U-Abo bis auf weiteres nicht zu zonieren.
- Die weitere Entwicklung, insbesondere die Bestrebungen der Transportunternehmen, des öV und der Verbände für ein neues Preissystem, bei dem aus allen Zonen jeden Verbundes durchgehende Fahrausweise in allen Zonen anderer Verbände gelöst werden können, wird weiter beobachtet.
- Je nach Anforderungen einer nationalen Tariflösung und Notwendigkeit, das öV-Angebot vermehrt durch die Nutzer finanzieren zu müssen, wird die Weiterentwicklung des U-Abos erneut beurteilt werden müssen.

3.3.20. Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen

29. August 2012

Fabian Müller, SP

Der Regierungsrat wird beauftragt, in einem Bericht das sinnvolle Potenzial der Energiegewinnung in Infrastrukturanlagen (Wasserversorgungen, Abwasserreinigungsanlagen, Kehrrechtverbrennungsanlagen) aufzuzeigen und darzulegen, wie die Förderung und Umsetzung solcher Projekte vom Kanton unterstützt bzw. vorgeschrieben werden kann. Allenfalls sind gesetzliche Massnahmen vorzuschlagen.

Unerledigt

Im Zusammenhang mit dem Energiekonzept und der strategischen Wasserplanung des Kantons wird der genaue Handlungsbedarf abgeklärt. Die über zehn Jahre alten Studien im Bereich der Abwasserentsorgung werden 2013 nachgeführt. Dabei werden neu auch die Wasserversorgungen mit einbezogen. In der Folge werden entsprechende Massnahmen und Projekte geprüft.

3.3.21. Neue erneuerbare Energien an den Schulen

29. August 2012

Fabian Müller, SP

Bei Schulhäusern in kantonaler Zuständigkeit prüft das Hochbauamt, welche konkreten technischen Möglichkeiten bestehen, um mit Zusatzeinrichtungen (Messgeräte, Monitore usw.) den Unterricht zum Thema «Erneuerbare Energien» zu unterstützen.

Unerledigt

Vor allem bei neuen Anlagen (s. Liste in der Beantwortung des Auftrages mit RRB Nr. 2012/40 vom 10. Januar 2012) nimmt das Hochbauamt mit der Lehrerschaft und der technischen Hauswartung Kontakt auf, um abzuklären ob und wie die Bereitschaft zur Nutzung der Zusatzeinrichtungen vorhanden ist.

3.3.22. Erstellung eines Solarkatasters für den Kanton Solothurn

29. August 2012

Philipp Hadorn, SP

Der Regierungsrat wird aufgefordert, ein Solarkataster des Kantons Solothurn zu erstellen.

Unerledigt

Das entsprechende Projekt wurde unter der Federführung der Abteilung SO!GIS gestartet. Aktuell werden zwei Ausführungsvarianten erarbeitet und einem Entscheid zugeführt.

3.3.23. Erarbeitung eines Richtplans Energie

29. August 2012

Fabian Müller, SP

Der Regierungsrat wird mit der Überarbeitung des kantonalen Energiekonzepts prüfen, ob bestimmte Gemeinden, die im kantonalen Richtplan zu bezeichnen sind, eine behördenverbindliche Energieplanung vornehmen müssen.

Unerledigt

Die Umsetzung des Auftrags erfolgt mit dem kantonalen Energiekonzept. Im Entwurf des Energiekonzepts Kanton Solothurn ist als Massnahme die Förderung von behördenverbindlichen Energieplanungen vorgesehen. Diese Massnahme ist mit den Beschlüssen des kantonalen Richtplans, der sich zurzeit in Gesamtüberprüfung befindet, koordiniert.

3.3.24. Raumplanung mit Kulturlanderhaltung

4. September 2012

Fraktion Grüne

Bei der Überarbeitung des Richtplanes und der Ortsplanungsrevisionen ist darauf zu achten, dass die Vorgaben der Gesetzgebung (Art. 3 RPB, § 68 PBG), ergänzt mit einer marktkonformen Regelung zur Mehrwertabschöpfung, konsequent umgesetzt werden.

Unerledigt

Die Regierung beabsichtigt, die Abschöpfung der Planungsmehrwerte, zu der die Kantone nach der Zustimmung zur Revision des Raumplanungsgesetzes des Bundes auch verpflichtet sind, im Rahmen eines kantonalen Planungsausgleichsgesetzes zu regeln. Eine entsprechende Projektorganisation soll noch vor den Sommerferien 2013 von der Regierung eingesetzt werden.

3.3.25. Änderung der Verordnung über das Grundangebot im regionalen Personenverkehr

7. November 2012

Susanne Koch Hauser, CVP

Das Amt für Verkehr und Tiefbau wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Betreibern der Nachtnetze abzuklären, welche Kosten die Aufnahme der Nachtnetze ins Grundangebot für den Kanton Solothurn auslösen würden. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, in wieweit das heutige Nachtangebot optimiert und besser aufeinander abgestimmt werden kann. Zu klären sind auch Möglichkeiten für eine Angleichung der Tarife der Nachtnetze.

Unerledigt

Im Rahmen einer Studie wird eine mögliche Aufnahme der Nachtnetze ins Grundangebot im Hinblick auf:

- Finanzbedarf bei unverändertem Angebot
- prioritäre Netzanpassungen
- Tarifvarianten

untersucht.

Das Ergebnis wird Ende Februar 2013 vorliegen. Die Aufnahme der Nachtnetze ins Grundangebot wird dem Kantonsrat im Rahmen des Globalbudgets und Leistungsauftrags 2014 - 2015 unterbreitet.

3.3.26. Konzept zur Sanierung der Deponie Rothacker, Walterswil

7. November 2012

Felix Wettstein, Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, gestützt auf die Ergebnisse der technischen Untersuchung bis Ende 2012 ein Sanierungs- und Überwachungskonzept zu veranlassen, womit das kontaminierte Grundwasser gefasst und in die Kanalisation abgeleitet werden kann.

Erledigt

Die Stellungnahme des Regierungsrates mit den wesentlichen Ergebnissen aus der technischen Untersuchung, den notwendigen Massnahmen und dem weiteren Vorgehen erfolgte mit dem RRB Nr. 2012/1518 vom 3. Juli 2012. Aufgrund der festgestellten Beeinträchtigungen von Grundwasser und Oberflächengewässer besteht Sanierungsbedarf. Eine weitergehende Detailuntersuchung ist nicht notwendig. Durch Einbau einer Sickerleitung am Fusse der Deponie soll das kontaminierte Grundwasser gefasst und in die Kanalisation abgeleitet werden. Zudem ist das bestehende Überwachungskonzept den neuen Erkenntnissen entsprechend zu optimieren und der Einfluss der Deponie auf die Umwelt langfristig zu überwachen. Mit diesen Massnahmen können die altlastenrechtlichen Ziele und der Schutz des Schöpflerbaches zuverlässig erreicht werden.

Die Deponiebetreiberin wurde durch das Amt für Umwelt (AfU) mit Schreiben vom 31. Juli 2012 aufgefordert, bis Ende 2012 ein entsprechendes Sanierungsprojekt einzureichen sowie ein Überwachungskonzept vorzulegen, welches neben der zukünftigen, langfristigen Überwachung auch die Erfolgskontrolle der Sanierungsmassnahmen umfassen soll.

Das Sanierungsprojekt mit Anpassung des Überwachungskonzeptes wurde fristgerecht eingereicht und zwischenzeitlich durch das AfU genehmigt.

3.4. Motionen**3.5. Postulate**

3.5.1. Aufhebung der Spezialgerichte – Integration ins Verwaltungsgericht

7. Mai 2003

Fraktion FdP/JL

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu überprüfen, ob und welche Spezialgerichte gemäss § 55 ff. Gesetz über die Gerichtsorganisation vom 13. März 1977 ins Verwaltungsgericht integriert werden können. Namentlich seien erwähnt: das kantonale Steuergericht, die kantonale Schätzungskommission, die kantonale Rekurschätzungskommission, die kantonale Finanzausgleichsrekurskommission, die kantonale landwirtschaftliche Rekurskommission, u.a.m.

Ein entsprechender Abänderungsantrag der Kantonsverfassung und der Gesetzgebung ist dem Parlament zu unterbreiten.

Erledigt

Die Überprüfung erfolgte, soweit die Finanzausgleichs-Rekurskommission, die Rekurs-Schätzungskommission in Gebäudeversicherungsachen und die Kantonale Landwirtschaftliche Rekurskommission betreffend, durch die Arbeitsgruppe «Selbständige Gerichtsverwaltung». Die Abschaffung dieser drei Rekurskommissionen war Bestandteil der Vorlage «Selbständige Gerichtsverwaltung», die Mitte 2004 vom Kantonsrat und, soweit die erforderlichen KV-Änderungen betreffend, am 28. November 2004 vom Volk beschlossen wurde. Soweit das Kantonale Steuergericht und die Kantonale Schätzungskommission betreffend, hat der Regierungsrat eine spezielle Arbeitsgruppe zur Überprüfung eingesetzt. Mit RRB Nr. 2009/475 vom 17. März 2009 hat der Regierungsrat die Vorlage «Anpassungen bei den Spezialverwaltungsgerichten (Steuergericht und Schätzungskommission)» in die Vernehmlassung geschickt und anschliessend (mit RRB Nr. 2009/1538 vom 1. September 2009) vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und das Bau- und Justizdepartement beauftragt, nach und entsprechend dem Entscheid des Kantonsrates über den hängigen Auftrag der Finanzkommission (Integration Steuergericht ins Verwaltungsgericht; A 107/2008) Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat auszuarbeiten. Der Kantonsrat hat den erwähnten Auftrag der Finanzkommission am 16. Dezember 2009 nicht erheblich erklärt. Den beiden seither ergangenen Bundesgerichtsurteilen, welche die Gerichtsorganisation im Bereich der Schätzungskommission und des Steuergerichtes betreffen, wurde im Rahmen der Vorlage «Anpassungen bei den Spezialverwaltungsgerichten (Steuergericht und Schätzungskommission)» Rechnung getragen. Diese Vorlage, welche der mit RRB Nr. 2012/1971 vom 25. September 2012 überwiesen wurde, hat der Kantonsrat am 12. Dezember 2012 (mit KRB Nr. RG 144/2012 a + b) beschlossen. Nach Ablauf der Referendumsfrist werden die entsprechenden Gesetzesänderungen 2013 in Kraft treten.

4. Departement für Bildung und Kultur

4.1. Volksaufträge

4.1.1. «Genügend Ressourcen für die integrative Schulung in der Volksschule»

22. Juni 2011

Der Regierungsrat wird beauftragt, für die integrative Schulung in der Volksschule ausreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dazu sind innerhalb des laufenden Schulversuches zur integrativen Schulung insbesondere folgende Rahmenbedingungen kritisch zu hinterfragen:

- Dotierung des Pensenpools
- Entlastung der Klassenlehrpersonen bei zusätzlichem Koordinationsaufwand
- Klassengrössen.

Unerledigt

Der Regierungsrat hat zur Erarbeitung gesicherter Informationen mit Regierungsratsbeschluss vom 1. Februar 2011 (RRB Nr. 2011/227) einen Schulversuch Spezielle Förderung – Angebotsplanung 2011 bis 2014 beschlossen. Ein wesentlicher Inhalt dieses Schulversuchs sind die Angebotsplanung und die konkrete Umsetzung in den Schulen. Die evaluationsbasierten Rahmenbedingungen liegen Mitte März 2013 für die Umsetzung ab Schuljahr 2014/2015 vor.

4.2. Parlamentarische Initiativen

4.2.1. Kantonalisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen; Änderung des Volksschulgesetzes

4. September 2012

Markus Schneider, SP

Unerledigt

Mit Beschluss PI 198b/2011 vom 4. September 2012 hat der Kantonsrat der Änderung des Volksschulgesetzes (Kantonalisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen) zugestimmt. Die Referendumsfrist ist am 21. Dezember 2012 unbenutzt abgelaufen; die Gesetzesänderung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft, sofern die damit verbundene Änderung der Verfassung an der Volksabstimmung vom 14. April 2013 angenommen wird (vergleiche Ziffer 1.2.2).

4.2.2. Kantonalisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen; Änderung der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) (2. Lesung)

30. Oktober 2012

Markus Schneider, SP

Unerledigt

An der Kantonalen Volksabstimmung vom 14. April 2013 befinden die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen über die Änderung der Verfassung des Kantons Solothurn (Kantonalisierung der Heilpädagogischen Sonderschulen).

4.3. Aufträge

4.3.1. Anpassung Kantonsbeitrag an die Besoldungskosten der Musikschulen

29. Oktober 2008

Verena Meyer, FdP

Das Departement für Bildung und Kultur wird beauftragt, die Anpassung der Staatsbeiträge an die kommunalen Musikschulen in die laufenden Arbeiten der Arbeitsgruppe kommunale Musikschulen 08 einzubeziehen und dem Regierungsrat dazu einen Antrag vorzulegen. Anzupassen an die neuen Gegebenheiten der Musikschule im Qualitätsmanagement sind sowohl die Höhe als auch der Verteiler der Staatsbeiträge.

Unerledigt

Bericht und Antrag der Arbeitsgruppe Musikschulen 08 liegen vor, ebenso die detailliert ausgearbeiteten Dokumente zu den gesetzlichen Grundlagen. Sie können auf der Internetseite des Volksschulamtes eingesehen werden. Der Verband

Solothurner Einwohnergemeinden hat an seiner Vorstandssitzung vom 25. Juni 2010 den Bericht und die geplanten Veränderungen beraten und einstimmig verabschiedet. Eine breite Vernehmlassung wurde durchgeführt und ausgewertet. Der Regierungsrat hat als Sparmassnahme (DBK 20) einen Verzicht vorgeschlagen, welcher mit 72:21 Stimmen vom Kantonsrat am 6. November 2012 abgelehnt wurde. Es ist geplant, die Verordnung über Staatsbeiträge an Musikunterricht (BGS 126.515.855.15) aufzuheben und in der Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz (BGS 413.121.1) neu zu regeln. Die Erhöhung der Kantonsbeiträge ist unter Vorbehalt der Bewilligung eines Zusatzkredites per 1. August 2014 geplant.

4.3.2. Kantonalisierung der Sonderschulen

3. November 2009

Urs Wirth, SP

Die fünf Heilpädagogischen Sonderschulen Olten, Breitenbach, Balsthal, Solothurn und Grenchen sind zu kantonalisieren.

Erledigt

Vergleiche Ausführungen zu 4.2.1 und 4.2.2.

4.3.3. Auch Tätigkeiten ausserhalb des Schuldienstes bringen wertvolle Berufserfahrungen / Ergänzung von § 18 des Gesetzes über die Besoldungen der Lehrkräfte an der Volksschule BGS 126.515.851.1 vom 8. Dezember 1963

10. November 2010

Peter Brotschi, CVP

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zur Ergänzung von § 18 des Gesetzes über die Besoldungen der Lehrkräfte an der Volksschule BGS 126.515.851.1 vorzulegen, damit für pädagogisch patentierte Lehrerinnen und Lehrer auch berufliche Tätigkeiten ausserhalb des Schuldienstes an die Dienstjahre angerechnet werden können.

Erledigt

Im Rahmen der Anpassungsarbeiten des Lehrerbessoldungsgesetzes als Folge der Aufnahme des Kindergartens in die Volksschule wurden dem Kantonsrat die entsprechenden Änderungen vorgelegt (RG 202b/2011). Auf die Vorlage wurde jedoch im Kantonsrat nicht eingetreten (24.1.2012).

4.3.4. Gleichbehandlung der Schulträger bei der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung

11. Mai 2011

Fraktion CVP/EVP/glp

Der Regierungsrat prüft die Schulgelder der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung so auszugestalten, dass den Gemeinden unabhängig vom Schulort dieselben Kosten für dieselbe Ausbildung entstehen

Unerledigt

Die grundsätzliche Frage, ob der Lastenausgleich zwischen den Gemeinden mittels Schülerpauschalen anstelle der Besoldungssubventionierung zu einer gerechten und transparenten Lösung führt, kann nicht allein am Beispiel der Sek P geführt und nicht losgelöst von der Subventionierung der Bildungsausgaben diskutiert werden. Mit dem Projekt zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden (NFA SO) wurde der folgende Auftrag erteilt: "Lastenausgleich Bildung; Abschaffung der finanzkraftabgestuften Subvention der Lehrerbessoldungskosten. Prüfung von drei Varianten zur Finanzierung der Bildungskosten in der Volksschule: Festlegung von Schülerbeiträgen, kombiniert mit einem Ausgleichsindex, Festlegung von fixen prozentualen Kantonsbeiträgen, Kantonalisierung der Oberstufe (Sekundarstufe I)" (RRB Nr. 2010/1598 vom 7.9.2010). Die Ergebnisse gehen in der ersten Hälfte 2013 in die Vernehmlassung.

- 4.3.5. Konsequente Umsetzung der Reform auf der Sekundarstufe 1
 11. Mai 2011 Fraktion FDP.Die Liberalen

 Die Regierung wird beauftragt, die Lehrpersonen an allen Sekundarschulen P unabhängig von Standort entsprechend der Funktion einheitlich zu besolden.
Unerledigt

 Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 2011/759 vom 5. April 2011 die Einreihung und das Pflichtpensum der Lehrpersonen der Sekundarschule P, welche teils an den Kantonsschulen und teils an Sekundarschulzentren angestellt sind, definiert; dies im Sinne einer Übergangslösung bis zur Verhandlung dieser Angelegenheit in der dafür zuständigen GAVKO. Die entsprechenden Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.
- 4.3.6. Reguläres Studium für quereinsteigende Lehrpersonen
 2. November 2011 Philipp Hadorn, SP

 Der Regierungsrat wird ersucht zu prüfen, ob an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) reguläre Studiengänge für Quereinsteigende mit einem EDK-anerkannten Abschluss ins Studienangebot aufgenommen werden können.
Erledigt

 Auf Initiative des Bildungsraums Nordwestschweiz hat die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) die Rahmenbedingungen für ein solches Studium festgelegt (vergleiche BGS 411.281).
- 4.4. Motionen**
- 4.4.1. Systemänderung Subventionierung Besoldungskosten der Lehrkräfte
 4. Mai 2005 Fraktion FdP/JL

 Anstelle des bisherigen Systems der Subventionierung der Besoldungskosten der Lehrkräfte soll neu eine Abgeltung über Schülerpauschalen erfolgen. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten, die den Systemwechsel vorsieht und die entsprechenden Gesetzesanpassungen vorschlägt.
Unerledigt

 Im Rahmen der «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden» (NFA SO) des Volkswirtschaftsdepartements wurde ein Arbeitsmandat «Teilprojekt 2: Lastenausgleich Bildung» erteilt. Hauptziel des Mandats ist die Abschaffung der finanzkraftabgestuften Subvention der Lehrerbekämpfungskosten und somit die Eliminierung des indirekten Finanzausgleichs. Zur Finanzierung der anteiligen Bildungskosten werden drei Varianten eingehend geprüft:
 a) Festlegung von Schülerbeiträgen (eventuell mit einem Ausgleichsindex);
 b) Festlegung von fixen prozentualen Kantonsbeiträgen;
 c) Kantonalisierung der laufenden Kosten der Oberstufe (Sekundarstufe I), unter Berücksichtigung eines Beitragssystems aus 1. und 2. Variante.
 Die Einzelheiten sind in RRB Nr. 2010/1598 vom 7. September 2010 dargestellt. Die Ergebnisse gehen in der ersten Hälfte 2013 in die Vernehmlassung.

4.5. Postulate

4.5.1. Subventionierung des 10. Schuljahres

20. Juni 2000

Kurt Zimmerli, FdP/JL

Der Regierungsrat wird gebeten, die notwendigen Grundlagen zu schaffen, dass die Eltern beim Besuch des 10. Schuljahres angemessen beteiligt werden können, ohne dass die Subventionen des Kantons verloren gehen.

Unerledigt

Mit der Reform der Sekundarstufe I wird der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung grösseres Gewicht beigemessen. Es wurden dafür neue Unterrichtsgefässe von der 7. bis zur 9. Klasse geschaffen und zusätzlich das 9. Schuljahr im Hinblick auf die Anforderungen der Berufswelt reformiert. Im 9. Schuljahr sollen grosse Anstrengungen unternommen werden, die Anschlüsse an die Sekundarstufe II zu ermöglichen. Mit der Stärkung von selbst gesteuertem Arbeiten und mit einer selbstgewählten Projektarbeit sollen gerade die notwendigen Schlüsselqualifikationen für den Eintritt in die Arbeitswelt gefördert und erworben werden. Ein Abschlusszertifikat soll den Berufsbildnern die Auswahl von Lernenden erleichtern.

Der Kanton bemüht sich, in Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern Bund und Organisationen der Arbeitswelt die Nahtstelle obligatorische Schule – Sekundarstufe II so zu bewirtschaften, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit haben, einen ihren Fähigkeiten angepassten Abschluss auf der Sekundarstufe II zu erreichen.

Jugendliche, welche noch nicht reif für eine Berufslehre sind, werden neu ausschliesslich im Berufswelt nahen Umfeld gefördert und an dies gezielt herangeführt. Deshalb kann auf das 10. Schuljahr (als Volksschuljahr) verzichtet werden. Die Gesetzesänderung wird in der ersten Hälfte 2013 im Kantonsrat beraten (RG 179/2012).

5. Finanzdepartement

5.1. Volksaufträge

5.2. Parlamentarische Initiativen

5.3. Aufträge

5.3.1. Qualitätssicherung im Bereich der Mitarbeiterbeurteilung in der kantonalen Verwaltung

16. Mai 2007

GPK

Der Regierungsrat wird beauftragt, geeignete Massnahmen zur Qualitätssicherung im System der Mitarbeiterbeurteilung in der kantonalen Verwaltung zu ergreifen.

Erledigt

Das von der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO) verabschiedete MAB-LEBO PLUS System wurde anfangs 2011 zur Überarbeitung zurückgewiesen, weil dessen Ausgestaltung zu kompliziert und zu aufwändig erschien. Das Personalamt hat eine einfachere und benutzer-freundlichere Variante zusammen mit der Solothurner Spitäler AG ausgearbeitet. Diese lehnt sich an das bisherige System an, wurde aber mit dem Führungsinstrument der Zielvereinbarung ergänzt. Mit RRB Nr. 2012/176 ist das neue System auf die Beurteilungsperiode 2012 – 2013 eingeführt worden. Der Solothurner Spitäler AG und der Gerichtsverwaltung wird empfohlen, das neue System in ihrem Bereich sinngemäss einzuführen.

5.3.2. Bürgschaften des Kantons für Sonderschulbauten

22. Juni 2010

Verena Meyer, FdP

Der Kanton Solothurn soll mit privaten Trägerschaften des sonderpädagogischen Bereichs, mit denen er langjährige Leistungsvereinbarungen abgeschlossen hat, Massnahmen vereinbaren, damit die Eigenkapitalbasis gestärkt und die Finanzierung von Neu- bzw. Ergänzungsbauten ermöglicht werden kann. Die neue Praxis soll mittels Erlass geregelt werden.

Unerledigt

In Umsetzung des Auftrages wurde im RRB Nr. 2011/2708 vom 20. Dezember 2011 unter Ziffer 2.5 festgehalten, dass bauliche Massnahmen, welche den normalen verrechenbaren Jahres-

unterhalt übersteigen, vorgängig durch die kantonale Aufsichtsbehörde zu prüfen und bewilligen zu lassen seien. Bei entsprechend bewilligten Projekten könne auf Antrag der betreffenden Institution mehr abgeschrieben werden, sofern das bewilligte Budget dadurch nicht überschritten werde.

Diese Regelung wurde in die Leistungsvereinbarungen mit den Institutionen für die Jahre 2012 – 2014 aufgenommen.

Es ist geplant, den im obigen RRB formulierten Grundsatz in das Konzept Sonderpädagogik und Angebotsplanung aufzunehmen und durch den Regierungsrat im Verlaufe des Jahres 2013 beschliessen zu lassen.

Im Rahmen der Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2013 und folgende wird geprüft, ob eine Grundlage für Rücklagen geschaffen werden kann. Zu denken ist dabei namentlich an eine Reservebildung bei nicht ausgeschöpftem Budget.

5.3.3. Angemessener Kündigungsschutz beim Kader

23. Juni 2010

Fraktion SVP

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) zusammen mit den Sozialpartnern in dem Sinne zu ändern, dass das Anstellungsverhältnis beim Kader in begründeten Fällen, insbesondere bei mangelnder Eignung oder ungenügender Leistung oder bei irreparabler Zerstörung des Vertrauensverhältnisses zwischen Mitarbeitenden und Vorgesetzten, in einem vereinfachten Verfahren gekündigt werden kann.

Erledigt

Die Gesamtarbeitsvertragskommission hat in Verhandlungen Einigkeit zur

Erweiterung der heute geltenden Regelung des vereinfachten Kündigungsverfahrens beim obersten Kader erzielt. Danach werden alle Mitarbeitenden der Verwaltung, der Gerichte, der kantonalen Schulen, der kantonalen Anstalten, des Polizeikorps sowie der Zentralbibliothek Solothurn, welche in der Lohnklasse 24 und höher eingereiht sind, künftig der gleichen Regelung unterstellt. Bei der Solothurner Spitäler AG sind es dieselben Führungspersonen wie bisher. Ausgenommen von der Kaderregelung sind sämtliche Ärzte. Die Erweiterung der Regelung des vereinfachten Kündigungsverfahrens haben wir mit RRB Nr. 2012/936 beim obersten Kader mit Wirkung ab 1. Juni 2012 in Kraft gesetzt.

5.3.4. Kausalabgaben und Unternehmen

24. August 2010

Überparteilich

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Bericht darüber zu erstellen, wie die natürlichen Personen und Unternehmen – insbesondere die KMU – mit Kausalabgaben (Gebühren, Vorzugslasten und Ersatzabgaben) belastet werden. Dabei sind sämtliche Kausalabgaben auf kantonaler Ebene einzubeziehen. Der Bericht soll insbesondere aufzeigen:

- welche Kausalabgaben insbesondere die Unternehmen belasten;
- wie sich die Kausalabgaben in den letzten Jahren entwickelt haben;
- wie sich die totale Belastung der natürlichen Personen und Unternehmen durch Kausalabgaben präsentiert;
- wie sich die Kausalabgabenbelastung im Vergleich zur Steuerbelastung in den letzten zehn Jahren entwickelt hat.

Erledigt

Der Bericht wurde dem Parlament im Frühjahr 2012 zugestellt.

5.3.5. Rechtsgrundlage für Public-Private-Partnership-Finanzierungen (PPP-Finanzierungen)

24. August 2010

Markus Schneider, SP

Für PPP-Finanzierungen ist eine Rechtsgrundlage im WoV-Gesetz zu schaffen. Dabei ist insbesondere folgendes festzulegen:

- PPP-Finanzierungen bedürfen des Nachweises, dass sie für den Kanton wirtschaftlich vorteilhafter und günstiger ausfallen als Lösungen auf dem ordentlichen Budgetweg. Die Finanzbefugnisse des Kantonsrats und das Finanzreferendum des Volks bleiben bei PPP-Finanzierungen unangetastet.

Erledigt

Am 15. Mai 2012 wurde eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoVG) verabschiedet, welche den Auftrag mit allen Forderungen umsetzte. Die Vorlage fand im Vernehmlassungsverfahren grossmehrheitlich Zustimmung. Die Finanzkommission beantragte dem Kantonsrat das Geschäft einstimmig zur Annahme. Das Parlament hat die Änderung des WoVG mit 51 zu 42 Stimmen jedoch abgelehnt. Eine dem Wortlaut des Auftrages gerechte gesetzliche Verankerung des Anliegens ist damit nicht möglich.

5.3.6. Klare Regelung der Finanzkompetenzen

26. Januar 2011

FDP. Die Liberalen

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, mit welcher folgende Kompetenzen geregelt werden:

Unter welchen Voraussetzungen darf der Regierungsrat Liegenschaften des Verwaltungsvermögens zur Nutzung an Dritte übertragen?

In welchen Fällen können Bauvorhaben des Kantons über PPP (public-private-partnership) finanziert werden?

Welchen demokratischen Kontrollmechanismen sollen solche PPP-Lösungen unterstellt werden?

Erledigt

Am 15. Mai 2012 wurde eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoVG) verabschiedet, welche den vorliegenden Auftrag zusammen mit dem Auftrag Markus Schneider (SP) zu PPP-Finanzierungen vom 24. August 2010 mit allen Forderungen umsetzte. Die Vorlage fand im Vernehmlassungsverfahren grossmehrheitlich Zustimmung. Die Finanzkommission beantragte dem Kantonsrat das Geschäft einstimmig zur Annahme. Das Parlament hat die Änderung des WoVG mit 51 zu 42 Stimmen jedoch abgelehnt. Eine dem Wortlaut des Auftrages gerechte gesetzliche Verankerung des Anliegens ist damit nicht möglich.

5.4. Motionen

5.5. Postulate

5.5.1. Spezialfinanzierung

25. Juni 2003

Rolf Grütter, CVP

Der Regierungsrat wird hiermit beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Abschaffung aller Spezialfinanzierungen und Fonds im Bereich der Rechnung des Kantons zu schaffen.

Unerledigt

Das Finanzdepartement erachtet es als Daueraufgabe, die noch vorhandenen Spezialfinanzierungen zu hinterfragen und nach Möglichkeit aufzuheben. Zudem soll auch verhindert werden, dass neue Spezialfinanzierungen eingerichtet werden. Im vergangenen Jahr konnten keine Spezialfinanzierungen abgeschafft werden. Hingegen hat sich die Verbuchungsart der Spezialfinanzierungen mit der Einführung von HRM2 im Jahre 2012 grundlegend geändert. Die Entnahmen bzw. Einlagen in die Spezialfinanzierungen des Eigenkapitals wirken sich nun auf das operative Jahresergebnis der Erfolgsrechnung aus.

5.5.2. Flexibilisierung Pensionierung für Angestellte des Kantons Solothurn

4. Mai 2005

Fraktion FdP/JL

Die Angestellten des Kantons Solothurn werden mit 63.5 Jahren pensioniert. Wenn eine betriebliche Notwendigkeit nachgewiesen werden kann, sind Ausnahmen möglich. Diese Regelung entspricht nicht der heutigen Realität: Angestellte des Kantons können zwar vor dem Erreichen des jetzigen Pensionierungsalters, also mit 63.5 Jahren in Pension gehen, de facto aber nicht länger als 63.5 Jahre arbeiten. Wir fordern deshalb die Anpassung der rechtlichen Grundlagen und die Einführung eines flexiblen Pensionierungsalters von 58 Jahren bis 67 Jahren.

Unerledigt

Wir haben auf 1. August 2010 die neue Regelung der Flexibilisierung der Altersgrenze in Kraft gesetzt. Davon ausgenommen blieben die Bereiche, in denen zur Zeit strukturelle Massnahmen durchgeführt werden (Solothurner Spitäler AG und Kantonsschulen Solothurn und Olten). In diesen beiden Bereichen wird die Regelung der Flexibilisierung der Altersgrenze erst auf 1. August 2013 eingeführt. Bis dahin gilt dort noch die Altersgrenze 63.5 Jahre.

6. Departement des Innern

6.1. Volksaufträge

6.2. Parlamentarische Initiativen

6.3. Aufträge

6.3.1. Eindämmung des übermässigen Alkoholkonsum durch Jugendliche

25. Juni 2008

Fraktion CVP/EVP

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Massnahmenpaket (mit z.B. Konsumverbot) vorzulegen, um den übermässigen Alkoholkonsum von Jugendlichen unter 16 Jahren wirksam einzudämmen.

Unerledigt

Aufgrund der bestehenden Praxis übernimmt der Kanton das Bundespräventionsprogramm. Ein kantonales Alkoholpräventionskonzept wurde ausgearbeitet. Die gesetzgeberischen Anpassungen im Bereich Jugendschutz/Alkoholprävention erfolgen im Rahmen der laufenden Gesetzgebungsprojekte Revision KAPO-Gesetz und Wirtschaftsgesetz. Darüber wird der Kantonsrat zu befinden haben.

6.3.2. Kantonales Krebsregister

25. Juni 2008

Fraktion SP/Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein kantonales Krebsregister zu führen, welches Statistiken zu Krebsinzidenz und -mortalität im Kanton Solothurn erstellt. Das Krebsregister stellt für ausgewählte Krebsarten Daten zur Verfügung, die eine Evaluation von Krebsbekämpfungsmassnahmen erlaubt. Das kantonale Krebsregister ist durch den Anschluss an ein bereits bestehendes Krebsregister anderer Kantone zu realisieren.

Unerledigt

Im Rahmen der Revision des Gesundheitsgesetzes wurde eine zentrale Voraussetzung für ein Krebsregister geschaffen, indem eine Bestimmung aufgenommen wurde, welche die Medizinalpersonen verpflichtet, die für die Registerführung notwendigen Angaben zu melden (KRB RG 109a/2011 vom 9. November 2011).

Ziel des Kantons Solothurn war ein Krebsregister für die ganze Nordwestschweiz (AG, BE, BL, BS, LU und SO). Dieses Projekt ist 2011 gescheitert.

Aufgrund der schlechten Finanzaussichten des Kantons Solothurn wurde der Verzicht auf ein Krebsregister vom Regierungsrat in den Massnahmenplan 2013 aufgenommen (Massnahme Ddl_6). Im Rahmen der Beratung im Kantonsrat wurde der Verzicht gestrichen (KRB SGB 055/2012 vom 7. November 2012). Ende 2013 soll zuhanden des Kantonsrates B+E für einen Verpflichtungskredit für die Schaffung eines Krebsregisters beschlossen werden. Dabei sollen insbesondere auch die Auswirkungen des geplanten Bundesgesetzes über die Registrierung von Krebserkrankungen berücksichtigt werden.

6.3.3. Aktionsprogramm für die Jugendarbeit in den Vereinen

28. Oktober 2008

Fraktion CVP/EVP

Der Regierungsrat erstellt eine Situationsanalyse über die Vereinsjugendarbeit und die offene Jugendarbeit im Kanton Solothurn und in den Einwohnergemeinden. Die Situationsanalyse soll aufzeigen, welche Probleme die Jugendvereine, die Jugendabteilungen der Vereine und Verbände sowie die Träger der offenen Jugendarbeit beschäftigen.

Erledigt

Die Studie liegt vor. Aus den Ergebnissen ist ein Massnahmenplan entwickelt worden. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Jugendarbeit grundsätzlich in den Zuständigkeitsbereich der Einwohnergemeinden fällt und eine kantonale finanzielle Mitwirkung sich nur mit Fondsmitteln verwirklichen lässt. Der Kantonsrat lehnte am 14. Dezember 2011 einen Auftrag ab, der die Finanzierung des Leistungsfeldes "Jugend" über die ordentliche Staatsrechnung verlangt hatte (KRB Nr. A 023/2011).

6.3.4. Änderung Lastenausgleich Soziales unter den Einwohnergemeinden

24. August 2010

Irene Froelicher, FDP

Die gemäss Schlussbericht der paritätischen Kommission Aufgabenreform bezeichneten Aufgabenfelder sollen im Rahmen des Projektes zum neuen Finanz- und Lastenausgleich in der laufenden Legislatur angegangen werden. Es sind alle Finanzströme, insbesondere das Gefäss des direkten Finanzausgleichs, des indirekten Finanzausgleichs im Bildungsbereich und ein ressourcenorientierter Ausgleich im Bereich der sozialen Bedarfsleistungen in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Unerledigt

Das Anliegen wurde im Rahmen der Aufgabenentflechtung und Neuordnung des Finanzausgleiches Kanton-Einwohnergemeinden bearbeitet. Der Regierungsrat kam zum Schluss, diesen Auftrag nicht direkt mit dem neuen Finanz- und Lastenausgleich zu verknüpfen, sondern im Rahmen von Aufträgen zur Entwicklung der Sozialkosten mit einzubeziehen (vgl. Ziff. 1.3.6 und 1.3.7).

6.3.5. Einführung eines Mammografie-Screening-Programms im Kanton Solothurn

10. November 2010

Überparteilich

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Kanton Solothurn koordiniert mit benachbarten Kantonen ein Mammografie-Screening-Programm einzuführen, welches allen im Kantonsgebiet wohnhaften Frauen zwischen dem 50sten und dem 70sten Lebensjahr rechtsgleichen Zugang zur qualitätsgesicherten Brustkrebs-Früherkennung ermöglicht. Um die Wirksamkeit objektiv beurteilen zu können, soll die Einführung nach Anschluss des Kantons an ein Krebsregister erfolgen. Die Einladung der genannten Frauengruppe erfolgt alle zwei Jahre und die Nutzung des Angebots muss freiwillig sein.

Unerledigt

Aufgrund der schlechten Finanzaussichten des Kantons Solothurn wurde der Verzicht auf die Einführung des Mammografie-Screenings vom Regierungsrat in den Massnahmenplan 2013 aufgenommen (Massnahme DdI_7). Im Rahmen der Beratung im Kantonsrat wurde der Verzicht gestrichen (KRB SGB 055/2012 vom 7. November 2012). Vor Einführung des Mammografie-Screenings soll zuerst ein Krebsregister geschaffen werden. Dementsprechend soll 2014 zuhanden des Kantonsrates B+E für einen Verpflichtungskredit für die Einführung des Mammografie-Screenings beschlossen werden.

6.3.6. Entwicklung der Sozialkosten

31. Oktober 2012

Fraktion FDP.Die Liberalen

Der Regierungsrat wird beauftragt, die zu erwartenden Veränderungen der Kosten bei den heutigen Sozialinstrumenten in den nächsten 10-15 Jahren aufzuzeigen.

Unerledigt

Die Aufträge nach Ziffern 1.3.4, 1.3.6 und 1.3.7 werden gemeinsam behandelt. 2013 wird eine paritätische Arbeitsgruppe Kanton: Einwohnergemeinden eingesetzt. Die Vorarbeiten wurden von der externen Beratungsfirma ecoplan geleistet und dienen als Grundlage.

6.3.7. Klare Kompetenz- und Finanzregelungen im Sozialbereich

31. Oktober 2012

Fraktion FDP.Die Liberalen

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Überprüfung des Verteilschlüssels der Ergänzungsleistungen durch eine paritätische Arbeitsgruppe Kanton/Einwohnergemeinden „Finanzierung soziale Sicherheit“ zu klären, ob eine klarere Regelung der Zuständigkeiten und der finanziellen Verantwortung im Sozialgesetz erforderlich ist. Dabei sollen Entscheidkompetenz und finanzielle Verantwortung soweit als möglich auf der gleichen Stufe angesiedelt sein.

Unerledigt

Die Aufträge nach Ziffern 1.3.4, 1.3.6 und 1.3.7 werden gemeinsam behandelt. 2013 wird eine paritätische Arbeitsgruppe "Vollzug Sozialgesetz - Entwicklung der Sozialkosten" eingesetzt. Die Vorarbeiten wurden von der externen Beratungsfirma ecoplan geleistet und dienen als Grundlage.

6.3.8. Gebühr internationaler Führerausweis

12. Dezember 2012

Fraktion FDP.Die Liberalen

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Gebühr für den internationalen Führerausweis auf SFr. 50.00 festzusetzen.

Unerledigt

Die Umsetzung erfolgt 2013.

6.4. **Motionen**

6.5. **Postulate**

7. Volkswirtschaftsdepartement

7.1. Volksaufträge

7.2. Parlamentarische Initiativen

7.3. Aufträge

7.3.1. Neugestaltung Finanzausgleich

30. Januar 2007

Fraktion SP/Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat im Verlauf der nächsten Legislaturperiode eine Vorlage zur Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs unter den Einwohnergemeinden zu unterbreiten. Die Vorlage soll den Stärken des bisherigen Systems, den Auswirkungen der erwähnten Reformprojekte und den Erkenntnissen der Aufgabenreform Kanton - Gemeinden Rechnung tragen. Sofern zweckmässig soll sich die Neugestaltung an der Methodik der am 28. November 2004 gutgeheissenen Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund - Kantone ausrichten und eine Eliminierung des indirekten Finanzausgleichs anstreben.

Unerledigt

Die Hauptstudie zu dieser Reform (NFA SO), die in dieser Legislatur gestartet wurde, ist abgeschlossen. Der Regierungsrat hat sie am 3. Juli 2012 (RRB Nr. 2012/1503) genehmigt. Derzeit wird die Gesetzgebung vorbereitet. Es ist geplant, dem Kantonsrat bis Ende 2013 eine beschlussfähige Vorlage zu unterbreiten.

7.3.2. Generelle Überprüfung der Aufgabenteilung und Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden

11. Mai 2010

Roland Heim, CVP

Der Auftrag „Generelle Überprüfung der Aufgabenteilung und Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden“ wird erheblich erklärt. Die gemäss Schlussbericht der paritätischen Kommission Aufgabenreform bezeichnet Aufgabenfelder sollen im Rahmen des Projektes zum neuen Finanz- und Lastenausgleich in der laufenden Legislatur angegangen werden. Es sind alle Finanzströme, insbesondere das Gefäss des direkten Finanzausgleichs, des indirekten Finanzausgleichs im Bildungsbereich und ein ressourcenorientierter Ausgleich im Bereich der sozialen Bedarfsleistungen in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Unerledigt

Gegenstand dieses Auftrages ist die Auftragserteilung zur Neugestaltung des Finanzausgleichs eingeflossen. Weitere Ausführungen siehe unter 1.3.1 „Neugestaltung Finanzausgleich“.

7.3.3. Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten

10. November 2010

Markus Knellwolf, glp

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Ladenöffnungszeiten zu flexibilisieren. Zur Frage des Umfangs der Flexibilisierung lädt er die betroffenen Organisationen (Gewerbeverband, Handelskammer, Gewerkschaften) zu einer Meinungsäusserung ein.

Unerledigt

Die Sozialpartner wurden eingeladen einen gemeinsamen Vorschlag zu unterbreiten. Bis Ende 2012 ist davon nicht Gebrauch gemacht worden. Am 5. November 2012 wurde mit RRB Nr. 2012/2180 das Vernehmlassungsverfahren zum neuen Wirtschaftsgesetz eröffnet. In diesem Gesetzesentwurf werden u.a. auch die Ladenöffnungszeiten neu geregelt. Die Gesetzesvorlage wird im Verlauf des Jahres 2013 dem Kantonsrat zur Behandlung überwiesen. Dieser wird dann über die Ladenöffnungszeiten befinden können.

- 7.3.4. Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine zeitlich begrenzte Versuchsphase der generellen Öffnungszeiten von Nachtlokalen bis 05.00 Uhr (Änderung des kantonalen Gesetzes über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholhaltigen Getränken)
Finanzausgleich

21. Juni 2011

Überparteilich

Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat innert 6 Monaten einen Entwurf zur Änderung des kantonalen Gesetzes über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholhaltigen Getränken (Wirtschaftsgesetz, BGS 513.81) vor, welche es den Städten mit grosser Zentrumsfunktion ermöglicht, während einer zeitlich begrenzten Versuchsphase die Polizeistunde generell bis 5.00 Uhr zu verlängern.

Unerledigt

Der Kantonsrat hat mit KRB Nr. RG 209/2011 am 25. Januar 2012 die Gesetzesänderung beschlossen und neu § 27bis ins Wirtschaftsgesetz (BGS 513.81) aufgenommen. Mit RRB Nr. wurde am 11. September 2012 das Konzept zur Umsetzung der Versuchsphase genehmigt und die Durchführung ausgeschrieben. Bis Ende 2012 sind keine Gesuche zur Teilnahme am Pilotversuch eingegangen. Bis am 31. Mai 2014 können noch Gesuche eingereicht werden. Wir beantragen den Vorstoss als erledigt abzuschreiben.

- 7.3.5. Erhöhung der Altersgrenze für die Ausübung der Prostitution im Kanton Solothurn

22. Juni 2011

Markus Flury, glp

Der Regierungsrat wird beauftragt, innerhalb 6 Monaten die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die eine Ausübung der Prostitution im Kanton Solothurn erst ab 18 Jahren erlauben.

Unerledigt

Die Erhöhung des Mindestalters für die Ausübung der Prostitution auf 18 Jahre und die Bestrafung von Freiern, die diese Altersgrenze missachten, werden vom Bund im Rahmen der Teilrevision des Eidgenössischen Strafgesetzbuches umgesetzt (Bundesratsbeschluss vom 18. August 2011 zum sogenannten Lanzarote-Abkommen). Die weiteren Vorschriften zur Prostitution in kantonaler Kompetenz werden im neuen Wirtschaftsgesetz erarbeitet. Dazu wurde mit RRB Nr. 2012/2180 am 5. November 2012 das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Die Gesetzesvorlage wird im Verlauf des Jahres 2013 dem Kantonsrat zur Behandlung überwiesen.

- 7.3.6. Optimierung der Kirchsteuer für juristische Personen

24. August 2011

Markus Knellwolf, glp

Der Regierungsrat wird beauftragt, nach Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichs bei den Einwohnergemeinden eine Vorlage zur Neugestaltung des Finanzausgleichs unter den Kirchgemeinden nach den Grundsätzen des Referenzmodells der NFA des Bundes zu erarbeiten. Der Vorschlag aus diesem Vorstoss kann dann auf eine mögliche Umsetzung geprüft werden.

Unerledigt

Der nach dem Wortlaut des Regierungsrates erheblich erklärte Auftrag wird, wie im Auftrag ausgeführt, nach der allfälligen Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichs bei den Einwohnergemeinden, aus heutiger Sicht also in der 2. Hälfte der nächsten Legislatur (2013 – 2017), bearbeitet.

7.3.7. Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung

8. November 2011

Philipp Hadorn, SP

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Vorlage zur Änderung der kantonalen Verfassung vorzulegen, welche § 117 folgendermassen ändert:

1Kanton und Gemeinden fördern die Nutzung von erneuerbaren Energien, die dezentrale Energieversorgung sowie den sparsamen und rationellen Energieverbrauch.

2Sie können Massnahmen treffen zur Sicherstellung einer umweltgerechten, sicheren, ausreichenden und der Volkswirtschaft förderlichen Versorgung mit Energie.

Unerledigt

Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 3. September 2012 den Vernehmlassungsentwurf „Änderung der Kantonsverfassung: Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung“ in erster Lesung beraten und beschlossen (RRB Nr. 2012/1786). Das Volkswirtschaftsdepartement wurde ermächtigt und beauftragt, über diesen Entwurf das öffentliche Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist endete am 30. November 2012; insgesamt sind 23 Stellungnahmen eingegangen. Gestützt auf das Vernehmlassungsergebnis wird Botschaft und Entwurf zu Händen des Kantonsrates ausgearbeitet. Der Terminplanung sieht die Behandlung des Geschäftes für die Kantonsratssession vom Juni/Juli 2013 vor.

7.3.8. Förderung erneuerbare Energie

8. November 2011

Roland Fürst, CVP

Seit Jahren fördert der Kanton Solothurn die Nutzung von erneuerbaren Energien. Sinnvollerweise werden die Förderungsmittel an die Endnutzer ausgeschüttet. Damit kommen richtigerweise Liegenschaftsbesitzer und nicht Energiedienstleister in den Genuss von staatlichen Beiträgen. Diese Beitragssystematik soll auch in Zukunft angewandt werden. Weil in absehbarer Zeit eine neue Globalbudgetperiode für den Bereich Energieförderung startet, ist es zweckmässig, rechtzeitig die politischen Rahmenbedingungen festzulegen.

Auftrag:

Die Grundsätze der kantonalen Förderprogramme haben sich nach den Punkten 1 bis 3 auszurichten.

Die Förderung der erneuerbaren Energien ist ein langfristiger Prozess, welcher nicht auf eine Globalbudgetperiode begrenzt werden darf. Es darf nicht sein, dass zeitliche Zufälligkeiten, z.B. der Baufortschritt an einer Fernwärmeheizung, über die Anspruchsberechtigung eines Förderbeitrags entscheiden.

Die Anspruchsberechtigung muss sich nach möglichst wenigen und glasklaren Kriterien richten. Die Gleichbehandlung aller Gesuchsteller muss gewährleistet sein. Identische Wirkungen müssen identische Beiträge auslösen. Projekte, welche die Erreichung der Ziele des Kyoto-Protokolls begünstigen, werden durch den Kanton Solothurn prioritär gefördert.

Beitragssprünge aus zeitlichen oder finanziellen Gründen sind zu vermeiden.

Korrekturen sind in kleinen Schritten vorzunehmen.

Unerledigt

Die neue „Verordnung zum Energiegesetz über Staatsbeiträge (EnGVB) vom 25. September 2012“ trat per 1. Januar 2013 in Kraft. Das kantonsrätliche Veto Nr. 289 wurde mit KRB Nr. VET 166/2012 vom 4. Dezember 2012 abgelehnt. Die neue Verordnung trägt den Forderungen des Auftrages inhaltlich gebührend Rechnung. Die zur Umsetzung des Förderprogrammes notwendigen finanziellen Mittel sind im Rahmen des Globalbudgets „Energiefachstelle“ durch den Kantonsrat zu beschliessen. Die Kontinuität des Förderprogrammes wird durch die jeweilige Genehmigung der finanziellen Mittel sichergestellt. Wir beantragen den Auftrag abzuschreiben.

7.3.9. Szenarien für den Kanton Solothurn betreffend Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie

21. März 2011

Roland Heim, CVP

Der Regierungsrat wird aufgefordert – wenn möglich zusammen mit der Beantwortung der beiden Aufträge 034/2011 (Richtplanverfahren) und 035/2011 (Ausstieg aus der Atomenergie) – dem Kantonsrat aufzuzeigen:

Wie er die Pläne des Bundesrates und die bis dato vorliegenden Beschlüsse der Bundesversammlung betreffend langfristiger Ausstieg aus der Atomenergie für den Kanton Solothurn umsetzen will;

Welche Konsequenzen das auf die solothurnische Gesetzgebung, Richtplanung etc. haben wird.

Im Rahmen dieser Beratungen soll der überwiesene Auftrag 046/2007: „Das Niederamt als Standort eines neuen Kernkraftwerks sichern“ beschrieben werden, sofern die Antworten der Regierung keine weiteren Aktivitäten im Sinne diese Auftrags zulassen.

Unerledigt

Am 14. Juni 2011 hat der Regierungsrat die Überarbeitung des Energiekonzeptes 2003 beschlossen sowie mit RRB Nr. 2011/2001 vom 20. September 2011 einen ersten Zwischenbericht verabschiedet und dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht.

Aufbauend auf diesem Zwischenbericht erarbeitete die für die Umsetzung des Auftrages zuständige Projektgruppe eine Energiestrategie für den Kanton Solothurn. Diese zeigt auf, mit welchen Massnahmen in welchem Zeitraum und mit welchen Kosten der Kanton die Beschlüsse der Bundesversammlung betreffend Ausstieg aus der Atomenergie umsetzen will. Die finanziellen Mittel zur Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen sind im Rahmen des Globalbudgets „Energiefachstelle“ durch den Kantonsrat festzulegen. Die Projektgruppe hat am 27. November 2012 einen Schlussbericht zu Handen der regierungsrätlichen Arbeitsgruppe verabschiedet. Nach Terminplan wird diese den Bericht im 1. Quartal 2013 behandeln und das weitere Vorgehen festlegen.

7.3.10. Verbot von Elektroheizungen

28. März 2012

Fabian Müller, SP

Das Verbot von Elektroheizungen (Neuanlagen), gemäss den neuen Mustervorschriften (MuKen 2008) der Energiedirektorenkonferenz (EnDK), soll ins kantonale Energiegesetz aufgenommen werden.

Im Energiegesetz soll zudem festgeschrieben werden, dass bestehende Elektroheizungen nicht erneuert werden dürfen und ab Inkrafttreten des Energiegesetzes durch andere Heizsysteme ersetzt werden müssen. Im Weiteren soll für alle Elektroheizungen eine Ersatzpflicht mit einer Übergangsfrist bis längstens 2025 vorgesehen werden.

Unerledigt

Die Umsetzung des Auftrages bedingt eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes vom 3. März 1991 (BGS 941.21). Diese beinhaltet ein Verbot von Elektroheizungen bei Neubauten sowie eine Ersatzpflicht von bestehenden Elektroheizungen bis spätestens 1. Januar 2025 (Übergangsfrist 10 Jahre). Ein Vorschlag zur geplanten Gesetzesänderung und die dazu notwendige Vernehmlassungsvorlage sind ausgearbeitet. Die Vernehmlassung findet im ersten Halbjahr 2013 statt, so dass die geplante Gesetzesänderung dem Kantonsrat noch im gleichen Jahr vorgelegt werden kann.

7.3.11. Energieeffizienzoffensive für den Kanton Solothurn

28. März 2012

Urs Huber, SP

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Energieeffizienzoffensive für die nächsten zehn Jahre auszuarbeiten. Der Kanton stellt finanzielle Mittel bereit, mit denen Projekte zur Förderung der Energieeffizienz finanziell unterstützt werden können.

Unerledigt

Am 14. Juni 2011 hat der Regierungsrat die Überarbeitung des Energiekonzeptes 2003 beschlossen sowie mit RRB Nr. 2011/2001 vom 20. September 2011 einen ersten Zwischenbericht verabschiedet und dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht. Aufbauend auf diesem Zwischenbericht erarbeitete die für die Umsetzung des Auftrages zuständige Projektgruppe eine Energiestrategie für den Kanton Solothurn. Diese zeigt auf, mit welchen Massnahmen, in welchem Zeitraum und mit welchen Kosten eine zukunftsgerichtete und verlässliche Energiepolitik den Wirtschaftsstandort Solothurn stärkt und gleichzeitig die Umwelt schont. Die finanziellen Mittel zur Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen sind im Rahmen des Globalbudgets „Energiefachstelle“ durch den Kantonsrat festzulegen. Die Projektgruppe hat am 27. November 2012 einen Schlussbericht zu Händen der regierungsrätlichen Arbeitsgruppe verabschiedet. Nach Terminplan wird diese den Bericht im 1. Quartal 2013 behandeln und das weitere Vorgehen festlegen.

7.3.12. Lücken schliessen bei den Familienzulagen

12. Juni 2012

Barbara Wyss Flück, Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, die bundesrechtlich möglichen Varianten einer kantonalen Ausdehnung des Anspruchs auf Familienzulagen und die entsprechenden Folgen anhand einer generellen Auslegeordnung aufzuzeigen und zu prüfen.

Unerledigt

Der Kantonsrat erklärte den Auftrag mit KRB Nr. A 70/2011 am 12. Juni 2012 erheblich. Zwischenzeitlich hat die Ausgleichskasse des Kantons Solothurn aufgrund ihrer Abklärungen einen Entwurf einer generellen Auslegeordnung erstellt und dem Amt für soziale Sicherheit zur internen Stellungnahme unterbreitet. Der Entwurf wird derzeit bereinigt und soll bis Ende März 2013 dem Regierungsrat zum Beschluss unterbreitet werden.

7.3.13. Erweiterung der Standardlösungen für den Nachweis des Wärmeschutzes bei Neubauten auf Biogas

4. September 2012

Urs Allemann, CVP

Der Regierungsrat wird eingeladen, die Verordnung zum Energiegesetz (EnVSO) so anzupassen, dass aufbereitetes und über das Erdgasnetz geliefertes Biogas als erneuerbare Energie im Sinne von § 11 Absatz 1 EnVSO gilt.

Unerledigt

Im Bereich der Gebäudeenergie findet im Rahmen der Konferenz Kantonalen Energiedirektoren (EnDK) eine enge interkantonale Zusammenarbeit statt. Mit den am 4. Mai 2012 beschlossenen „Energiepolitischen Leitlinien der EnDK“ unterstützen die Kantone die Energiepolitik des Bundes. Für die Umsetzung wesentlicher Aspekte der Energiestrategie 2050 haben die Kantone die Revision der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) bereits in die Wege geleitet. Die für die Revision zuständige Arbeitsgruppe wird in den nächsten Monaten erste Vorschläge unterbreiten

7.3.14. Für eine massvolle Erweiterung der Sonntagsöffnungszeiten

4. September 2012

Daniel Urech, Grüne

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat im Rahmen der Erfüllung des Auftrags A 052/2010 eine massvolle Erweiterung der Öffnungsmöglichkeiten von Lebensmittelgeschäften am Sonntag vorzulegen

Unerledigt

Am 5. November 2012 wurde mit RRB Nr. 2012/2180 das Vernehmlassungsverfahren zum neuen Wirtschaftsgesetz eröffnet. Die Umsetzung des Auftrags erfolgt im Rahmen dieses Gesetzesentwurfes. Die Gesetzesvorlage wird im Verlauf des Jahres 2013 dem Kantonsrat zur Behandlung überwiesen.

7.4. Motionen

7.4.1. Aufgabenteilung

24. März 1993

Peter Kofmel, FDP

Der Regierungsrat wird beauftragt, zusammen mit den Einwohnergemeinden die vor Jahren begonnene Aufgabenreform energisch voranzutreiben. Dabei sind fundamentale Reformen ins Auge zu fassen: Aufgabe, Verantwortung, Kompetenz und Finanzierungspflicht sind in der Regel der gleichen Körperschaft zuzuordnen.

Unerledigt

Die Arbeiten wurden mit dem Schlussbericht zur Aufgabenreform mit RRB Nr. 2009/1932 vom 26. Oktober 2009 abgeschlossen. Der verbleibende Handlungsbedarf wurde bei der Auftragserteilung zur Neugestaltung des Finanzausgleichs aufgenommen und berücksichtigt. Weitere Ausführungen siehe unter 1.3.1 „Neugestaltung Finanzausgleich“.

7.5. Postulate